

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 51.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4422.

Düsseldorf, 23. Dezember 1911.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Aachen, Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Christfest.

Heut schweigen die Maschinen, die Webestühle ruhn,
Ist heut kein eilig Hasten, ist heut ein eifrig Tun.
Heut ist ein frohes Freuen, in Dorf und Stadt und Hag;
Das ist ein glücklich Feiern zum heiligen Christfesttag.
Wer sich des Alltags plagte uns karglich täglich Brot,
Hat heut' des Leid's vergessen, vergessen Last und Not.
Und wen des Lebens Stürme umbrandet und umbraust,
Und wer das Schicksal packte und zwang mit derber Faust,
Und wer im Daseinskampfe ermüdet unterlag — — —
Sie alle feiern heute den heiligen Weihnachtstag.
Da zieht ein neues Hoffen beim goldenen Lichterschein,
Da kehrt ein frommes Ahnen in jedes Herze ein.
Heut gibts nicht Haß und Streiten, nicht Not und Lebenslast.
Heut ist das Fest der Liebe, da sei das Glück zu Gast.
Grete Silling.

Unsere Generalversammlungen.

Nach § 31 unseres Verbandsstatuts hat jede Ortsgruppe im Laufe des Monats Januar eine Generalversammlung abzuhalten zwecks Rechnungsablage und Rechenschaftsbericht über das Vorjahr und zwecks Neuwahl des Vorstandes. Die Wichtigkeit dieser Generalversammlungen, vor allem auch ihre Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Ortsgruppen, lassen es für angebracht erscheinen, denselben einige Worte zu widmen.

Zunächst ist es der

Rechenschaftsbericht des Vorstandes,

der den Generalversammlungen Bedeutung verleiht. Dieser Rechenschaftsbericht zerfällt in den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und die Mitgliederentwicklung und in den Kassenbericht. Den ersteren hat der Vorsitzende zu erstatten. Er gibt zunächst einen Ueberblick über die im vorigen Jahre sowohl zur Erziehung und Schulung der Mitglieder, als auch zur äußeren Entwicklung der Ortsgruppe geleisteten Arbeit und deren Erfolge. Bei der Gelegenheit sind auch einige Worte der Anerkennung für alle die Kolleginnen und Kollegen, die sich eifrig im Interesse des Verbandes betätigt haben, vor allem auch den Vertrauensmännern gegenüber, durchaus am Platze. Andererseits vergesse man aber auch nicht eine ernste Gewissenserforschung über begangene Unterlassungssünden anzustellen. Ist so die Bilanz des verfloffenen Jahres gezogen, so gebe man auch einen kleinen Ausblick in die Zukunft, hebe die im laufenden Jahr zu leistende Arbeit hervor und verbinde damit einen warmen Appell an die Mitglieder zu opferfreudiger Mitarbeit.

Der zweite Teil des Rechenschaftsberichtes fällt dem Kassierer zu. Der Kassenbericht ist nicht minder wichtig. Er soll den Mitgliedern ein klares Bild über die Verwendung der von ihnen geleisteten Beiträge verschaffen und so das Vertrauen derselben zum Verbandsverband erhöhen und Vorurteile beseitigen. Der Kassenbericht soll darum übersichtlich und leicht verständlich sein. Er gibt auch eine günstige Gelegenheit, den Mitgliedern die Bedeutung unseres Unterstützungswezens an der Hand des vorhandenen Zahlenmaterials vor Augen zu führen. Ferner kann man bei der Gelegenheit auch auf die Notwendigkeit der Schaffung einer starken Zentralkasse hinweisen und die Mitglieder zur Opferwilligkeit ermahnen.

Dem Rechenschaftsbericht hat eine Aussprache zu folgen. Es muß den Mitgliedern nahegelegt werden,

auch ihrerseits mit Meinungsäußerungen, auch mit solchen kritischer Natur, nicht hinter dem Berge zu halten. Selbstverständlich muß jede Kritik sachlich gehalten, sie darf nicht persönlich verlegend sein. Die Vorstandsmitglieder dürfen kritische Bemerkungen nicht übel nehmen, sie sollen solche, wie auch alle von den Mitgliedern geäußerten Wünsche und Anregungen, dankbar begrüßen, denn diese sind ein erfreuliches Zeichen regen gewerkschaftlichen Lebens.

Wichtig ist dann auch die

Neuwahl des Vorstandes,

die die Generalversammlungen vorzunehmen haben. Es darf diese Neuwahl nicht als bloße Formsache betrachtet werden, hängt doch von der Zusammensetzung des Vorstandes die ganze innere und äußere Entwicklung der Ortsgruppe ab. Natürlich ist, daß man den alten bewährten Vorstandsmitgliedern durch Wiederwahl sein Vertrauen bekundet, aber als ebenso selbstverständlich muß es gelten, daß solche, die ihr Amt vernachlässigt haben, durch tüchtigere Kollegen und Kolleginnen ersetzt werden müssen. Etwas Vorschläge zur Vorstandswahl sollen erst nach reiflicher Ueberlegung erfolgen. Die in Aussicht genommenen sind vor allem auf ihren guten Willen und ihre Fähigkeiten hin zu prüfen. Seichtfertig gemachte Vorschläge sind entschieden zu verurteilen. Wenn immer möglich, nehme man mit den Vorschlagenden vorher Rücksprache. Nichts berührt nämlich peinlicher, wie wenn in der Versammlung selbst ganz unvereinbar Vorschläge erfolgen und die Vorge schlagenen schließlich der Reihe nach ablehnen. Bei der Besetzung des Vorstandes ist endlich noch Rücksicht zu nehmen auf die Arbeiterinnen. Ueberall dort, wo wir eine größere Zahl derselben als Mitglieder haben, ist denselben auch eine Vertretung im Vorstand einzuräumen. Bei einigem guten Willen werden sich auch wohl geeignete Kolleginnen finden lassen.

Einige Worte nun über die erforderlichen

Eigenschaften der Vorstandsmitglieder.

Als Ortsgruppenleiter müssen wir Kollegen haben, die wenigstens einigermaßen mit den grundsätzlichen und praktischen Bestrebungen unseres Verbandes vertraut sind, die vor allem die örtliche und in etwa auch die Gesamtlage des Verbandes zu übersehen und zu beurteilen, die nötige Initiative zu entwickeln und zur Mitarbeit zu begeistern vermögen; deren ganzes Sinnen und Trachten dahin geht, die Ortsgruppe nach innen und außen zu stärken und das Errungene auch zu erhalten. Zum Schriftführerposten sind Kollegen nötig, die es verstehen, in den Protokollen über die Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen Geschichte, Entwicklung und Tätigkeit der Ortsgruppe niederzulegen, die in der Lage sind, über wichtige Versammlungen Bericht zu erstatten und hier und da auch für die Tages- und Gewerkschaftspresse kleine Situations- und Stimmungsbilder zu schreiben. Wir brauchen auch tüchtige Kassierer, die ordnungsliebend, pünktlich und gewissenhaft sind, die sowohl mit den Vertrauensmännern, als auch mit dem Zentralkassierer rechtzeitig abrechnen und den Mitgliedern eine regelmäßige Uebersicht über die Kassenverhältnisse geben. Viele Ortsgruppen brauchen noch weitere Hilfskräfte im Vorstand. Sie wählen einen oder auch mehrere Beisitzer. Diese sind keineswegs überflüssig, wie man oft meint. Es kann ihnen ein gewisses Spezialgebiet z. B. Verwaltung der Bibliothek, praktische Durchführung der festgelegten Agitationspläne, Wiedergewinnung ausgetretener Mitglieder usw. zugewiesen werden. Darum ist es durchaus ratsam, auch für diesen Posten möglichst tüchtige und zuverlässige Kolleginnen und Kollegen auszusuchen.

Werden so die einzelnen Vorstandsämter mit fähigen und willigen Kolleginnen und Kollegen be-

setzt, dann wird auch der Gesamtvorstand richtig funktionieren. Jedes Vorstandsmitglied wird bestrebt sein, die ihm überwiesenen Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen. Die hierdurch herbeigeführte Arbeitsteilung verhindert die Ueberlastung einzelner Kollegen. Die Vorstandsmitglieder werden dann auch zusammen raten und taten, sie werden gemeinsam bestrebt sein, die Bewegung vorwärts zu bringen.

Zum Schluß noch ein Wort über die

Generalversammlungen selbst.

Es ist selbstverständlich, daß dieselben gut vorbereitet werden müssen. Die Mitglieder sind rechtzeitig und auf irgend eine außerordentliche Weise einzuladen, am besten durch Handzettel. Der ganzen Veranstaltung gebe man ein etwas außergewöhnliches und ernstes Gepräge. Es müssen vor allem die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner, sowie die Kassenrevisoren vollzählig zur Stelle sein. Und zwar ist es ratsam, daß die erstgenannten (in kleineren Gruppen auch die Vertrauensmänner) alle am Vorstandsstische Platz nehmen. Auch die Mitglieder müssen es sich zur Pflicht machen, den Generalversammlungen beizuwohnen. Wir möchten besonders den gewohnheitsmäßigen Versammlungsschwänzern zurufen, doch jetzt am Schlusse des Jahres in sich zu gehen und den Entschluß zu fassen, im neuen Jahre ihren gewerkschaftlichen Pflichten gewissenhafter nachzukommen. Diesen Entschluß dann aber auch sofort durch Besuch der Januar-Generalversammlung praktisch zur Geltung zu bringen.

Kommt so neben der Berücksichtigung der im vorstehenden gegebenen Winke und Anregungen der allseitige gute Wille zum Ausdruck, dann werden unsere Ortsgruppenversammlungen wirklich das werden, was sie sein sollen: ein gutes Ohmen für die weitere Entwicklung unseres Verbandes.

Buchdruckerlarif und öffentliches Interesse.

2. Ein brutaler Machtkampf.

„Es ist dem Verbands der deutschen Buchdrucker weder um die Allgemeininteressen der organisierten Arbeiterschaft, noch um die Interessen der Tarifgemeinschaft zu tun. Für ihn steht nur das eigene, einseitige Verbandsinteresse in Frage.“

Unter dem Deckmantel der Tarifgemeinschaft macht im deutschen Buchdruckergerwerbe eine Entwicklung reizenden Fortschritt, die zu einem Unheil für die gesamte Volksgemeinschaft werden muß. Die Leitung der sozialdemokratischen Gehilfenorganisation und der weitaus größte Teil der hier organisierten Gehilfen scheinen die Tarifgemeinschaft lediglich zu betrachten unter dem Gesichtspunkte ihrer einseitigen Machtverhältnisse. Die Aufbeugung der Gehilfenschaft gegen den Gutendertzband hat „nicht bloß zu einer völligen Begriffsverwirrung, sondern zu einer direkten Umwertung aller Werte auf Seiten der Gehilfen geführt“. Das ist namentlich zu beweisen aus der Aufnahme, die die letzte Tarifrevision in weiten Kreisen der Mitglieder des Verbandes deutscher Buchdrucker gefunden hat. Die Errungenschaften der Gehilfen wurden als Hohn bezeichnet. Sogar müsse sich eine starke Organisation gefallen lassen! Gegen die Gehilfenvertreter wurde in der radikalsten Weise gehetzt. Sie hätten die Gehilfen verkauft und verraten, nur weil sie am Posten kleben. Das Werk des Tarifausschusses sei nichts anders als eine ideo Sandwüste. Der „Korrespondent“, das Organ des Verbandes, klagt weinerlich von einer „Verwüstung des Vertrauens“, von einer „epidemischen Unzufriedenheit, die mehr dem Egoismus entspringe, der keine gesunde Aufwärtsentwicklung will, nur sich und den eigenen Vorteil sieht“. Wenn einige Kreise innerhalb der sozialdemokratischen Buchdruckerbewegung die Macht dazu hätten, sie würden heute lieber als morgen den ganzen „Tariftram“ mit der „Leipziger Volkszeitung“ zum

Denfel schicken, weil er imstande sein könnte, den hallenden Schritt des revolutionären Proletariats aufzuhalten. Allgemeine und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte sind garnicht mehr maßgebend.

Dabei werden die Tarifverträge in der rückichtslosten und frechten Weise mißbraucht als Maßregelungsinstrumente für die Mitglieder des Gutenbergbundes. Die Schrift des Gesamtverbandes bringt eine ganze Menge von Fällen als Belege dafür, darunter einige von geradezu empörender Brutalität. Da ist z. B. ein Brief einer Frau veröffentlicht, deren Mann (Buchdrucker-Gehilfe) wie ein gehegtes Wild von den fanatisierten Verbändlern von einer Seherlei nach der andern gejagt, schließlich ganz aus dem Gewerbe gestossen wurde, sodaß er als Fabrikarbeiter sein Brot verdienen mußte. Aber auch da verfolgte ihn der rote und rohe Fanatismus. Schließlich mußte das Weib des armen Menschen zur Arbeit greifen, damit die Familie nicht Not leide. Das ganze Verbrechen des Mannes bestand in seiner Zugehörigkeit und Tätigkeit für den Gutenbergbund. Ein anderer Seher wurde 23 Wochen lang mit der Familie arbeitslos. Er war in einer tarifunreuen Druckerei in Arbeit getreten, ohne daß er von den Verhältnissen in der Druckerei Ahnung gehabt hätte. Sofort, nachdem er Kenntnis erhalten, trat er aus der Beschäftigung aus. Aber er wurde für tarifunreu erklärt, der Gutenbergbund mußte den Mann ausschließen und 23 Wochen lag der Mann auf der Straße, weil es die Rache der Verbändler so wollte. Der Gehilfenvertreter sagte ihm:

„Es liegt in Ihrer Hand, wieder tarifunreu zu werden. Erklären Sie einfach, der Gutenbergbund hat während Ihrer Mitgliedschaft in tariflicher Hinsicht absolut nichts getan und ferner, daß Sie vom Vorstand veranlaßt worden sind, in der Druckerei in Kondition zu treten, dann steht Ihrer Tarifunreue nichts im Wege.“

Der Gehilfe sollte sich also mit einer Lüge und einer Verleumdung des Gutenbergbundes seine Tarifunreue erklären, damit der Verband Material gegen den Hund bekomme.

Die tariflichen Einrichtungen des Buchdrucker-Gewerbes sind eher alles andere als unparteilich. Sie wirken oft genug gegenüber Mitgliedern des Gutenbergbundes, wie der einseitige Zwangsarbeitsnachweis der Unternehmer nach dem Hamburger System gegenüber gewerkschaftlich tätigen Arbeitern. Wer das bezweifeln will, der lese in der Broschüre des Gesamtverbandes nach, in welcher empörenden Weise Tarifverträge von den Gehilfenvertretern als Schlaginstrumente gegen den Gutenbergbund benutzt wurden. „Gehilfen, deren Tarifunreue feststeht, gelten als vogelfrei, weil sie nicht Mitglieder des Buchdruckerverbandes sind. Ihr gewerbliches Schicksal ruht in den Händen ihrer glühendsten Hasser.“

Gerechtigkeit kann nur durch eine Aenderung des Systems erreicht werden, denn „das heutige System der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft entbehrt jeder Garantie für die Unparteilichkeit seiner Handhabung“. Warum kann es im Buchdrucker-Gewerbe nicht eingeführt werden, was für einige andere tarifierte Gewerbe als unentbehrlich bezeichnet worden ist und was sich immer wieder selbst in den aller-schwierigsten Situationen glänzend bewährt hat? Wir meinen die Mitwirkung Unparteiischer in der Tarifgemeinschaft. Im Bau-, Maler-, Schneider- und Leder-Gewerbe u. a. hat sich diese Einrichtung wiederholt als unbedingt notwendig und außerordentlich förderlich erwiesen. Aber die Buchdrucker-Verbändler sind dagegen, weil es dann mit ihrem rückichtslosen Mißbrauch jedenfalls ein Ende haben würde. Die zünftlerische Abschließung liegt im einseitigen Machtinteresse des Verbandes deutscher Buchdrucker.

Die Frage, woraus sich der Haß des Buchdrucker-Verbandes gegen den Gutenbergbund erkläre, ist un schwer zu beantworten: „Die sozialdemokratisch organisierte Mehrheit empfindet die christlich-national organisierte Minderheit als ein Hemmnis ihrer Klassenkampfbestrebungen“. Der Verband deutscher Buchdrucker ist grundsätzlich den anderen sozialdemokratischen gleich zu bewerten.

„Es zeigt sich heute, daß nichts verhängnisvoller gewesen ist, als die kritiklose Lobhudelei, die dem Buchdrucker-Tarif aus sozialpolitisch interessierten Kreisen immer wieder widerfahren ist. Gewiß war die Bewandlung des Buchdrucker-Tarifs zumal zu der Zeit verständlich, als er noch das einzige Gebilde dieser Art im gewerblichen Leben Deutschlands war. Aber die laute Bewandlung überjah nur zu gern die Mängel. Und unter ihrem warmen Hauche gedieh die Saat des Sozialismus umso üppiger, als der Verband der deutschen Buchdrucker das ganze Feld beherrschte, indem ihm die Tarifverträge geradezu in die Hand gespielt wurden. Es ist bereits bei Besprechung der Beurteilung des dies-jährigen Revisionsergebnisses durch die Gehilfen und ihr Organ darauf hingewiesen worden, wie diese Beurteilung aus dem alleinigen Gesichtswinkel des traffen Machtstandpunktes heraus erfolgte. Diese Auffassung wurde zugleich als das natürliche Ergebnis der vom Verband der deutschen Buchdrucker an den Gehilfen betriebenen Erziehung gekennzeichnet. Den Verband der deutschen Buchdrucker unterscheidet danach nichts mehr von den ausgesprochen sozialdemokratischen Gewerkschafts-

verbänden, denen, wie beispielsweise dem Maler-Verbande, der Tarifvertrag „eigentlich nichts als eine Form-sache ist“, der denselben Gedanken wie der „Korres-pondent“, nur in schärferer Nuanzierung und mit größerer Offenheit, mit den Worten aus sprach:

„Es wird in Zukunft nur darauf ankommen, wer von beiden Teilen der Stärkere ist und dieser wird dann in die Lage kommen, mehr und mehr dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen.“

Den Verband der deutschen Buchdrucker unterscheidet von diesen Verbänden nichts mehr als die größere Diplomatie, die ihn wenigstens von der öffent-lichen Bekanntgabe der letzten Konsequenzen vor-läufig noch absehen läßt. Im übrigen aber kann für den sozialdemokratischen Charakter des Ver-bandes der deutschen Buchdrucker eine Fülle von Beweisen aus den letzten Jahren beigebracht werden.“

„Bauernzoll“ und Arbeiterschaft.

In der Zollgesetzgebung einen absolut befriedigenden Ausgleich zu finden zwischen den verschiedenen gegen-sätzlichen Interessen einzelner Gruppen unserer deutschen Volkswirtschaft, ist wohl ein Ding der Unmöglichkeit. Es ist menschlich verständlich, daß jeder die Sache von seinem unmittelbaren Interessenstandpunkt aus beurteilt; die mittelbaren Beziehungen und der große Allgemeingehaltspunkt verlieren sich dabei leicht aus dem Auge. Und die Fragen der Handels-politik sind ja auch so außerordentlich vielgestaltig und schwierig. Schnell fertig ist wie immer der „Textilarbeiter“ mit dem Urteil, indem er sich auf den Standpunkt stellt: „Die einfachste und selbstver-ständlichste Handelspolitik ist der Freihandel“ (Nr. 41, 13. Okt. 1911). Mit dieser leichtfertigen Phrase führt die sozialdemokratische Presse überhaupt den ganzen Kampf um unsere deutsche Wirtschaftspolitik. Ohne Zweifel ist der Freihandel die einfachste Handelspolitik, gerade so, wie die „einfachste“ „Sozialpolitik“ diejenige des wirtschaftlichen Liberalismus wäre. Die Gegner jeder staatlichen Arbeiterfürsorge haben ja auch lange Zeit mit den Freihändlern aus einer wissenschaft-lichen Quelle geschöpft und auch heute noch ziehen beide ihre Pfeile aus ein und demselben Köcher. Aber wie diese einfachste Sozialpolitik die maßlose Ausbeutung der Arbeiter mit all ihren Begleiterscheinungen im Gefolge haben müßte und während der ganzen Zeit ihrer Geltung auch im Gefolge gehabt hat, so würde die einfachste Handelspolitik die Existenz vieler Zweige unserer Volkswirtschaft und die Lebens-interessen von Millionen von Arbeitern in Frage stellen. Es ist kein Zufall, daß die Freihandels-meinung in Deutschland zur selben Zeit vorherrschte, als der Staat mit verschärften Armen der Ausbeutung der Arbeiter durch Arbeitgeber zusah. Die Ära der staat-lichen Sozialpolitik beginnt in Deutschland mit der Ära der Zollschutzpolitik. Als der Freihandelsgedanke zu-sammengebrochen war, war auch die für das Arbeits-verhältnis geltende Meinung vom freien Spiel der Kräfte zusammengebrochen.

Obenwiegend kommt es mit der Wirklichkeit überein, daß die Freihandelspolitik die „selbstverständlichste“ Handelspolitik sei, denn in keinem Kulturstaate wird diese „selbstverständlichste Handelspolitik“ angewandt. Weder in der Schweiz, noch in Holland, noch in Belgien, noch in England. Wenn diese Länder schlankweg als „Freihandelsländer“ bezeichnet werden, so ist das eine Freiführung. In Holland ist man z. B. zur Zeit wieder daran, verhältnismäßig hohe Zölle für fremde Woll-waren einzuführen. Belgien und die Schweiz haben verhältnismäßig hohe Zölle für Textilwaren. Es ist nicht einmal wahr, daß in diesen Ländern alle Nahrungs- und Genussmittel zollfrei wären. England bezieht z. B. allein aus seinem Teezoll alljährlich das nette Sümmchen von 120 Mill. M., oder 6 M. auf den Kopf des Be-wohners. Aus dem Tabakzoll zieht England, trotzdem es nur zwei Drittel unserer Volkszahl aufweist, sechsmal soviel als Deutschland, aus Branntwein 320 Mill. Mark, aus Bier 250 Mill. Mark und aus Tee, Kakao, Kaffee, Zucker usw. zusammen 600 Mill. Mark jährlich, das ist bald soviel, als unsere gesamten deutschen Zollbeträge ausmachen. Rußland, Italien, Nordamerika haben z. T. außerordentlich hohe Zollmannern. In Frankreich sind die sozialistischen Deputierten in der Kammer wiederholt für einen sehr hohen Zoll eingetreten. Danach muß der Freihandel doch wohl keine so ganz selbstverständliche Handelspolitik sein, denn die regierenden Leute in diesen Ländern und die Sozialisten in Frankreich und Deutschland, die für den Zollschutz eintreten, sind doch keine Esel, daß sie so sehr die „selbstverständlichsten“ Dinge außer acht lassen könnten. Es müssen starke volkswirtschaftliche und nationale Gründe sein, die zu solchem Vorgehen veranlassen. So ist die Meinung des „Textilarbeiters“ außerordentlich wurmfischig.

Der „Textilarbeiter“ und die ganze sozialdemokratische Presse beurteilen die Sache zunächst vom reinen Arbeiter-standpunkt. Das ist verständlich, und wir wollen in diesem Aufsatz auf dem Wege folgen. Wir wollen auch ferner die Sache zunächst vom Standpunkt des Arbeiters als Konsumenten aus beurteilen, obwohl die ausschließ-liche Anwendung dieser Beurteilungsmethode eine durchaus verfehlt ist. In welchem Umfange ist der Arbeiter-haushalt von den landwirtschaftlichen Zöllen belastet? Die Hälfte der Ausgaben einer Arbeiterfamilie wird von den Nahrungs- und Genussmitteln verschlungen. Daraus wären zunächst herauszunehmen diejenigen, auf denen keine Belastung liegt, Eier, Milch, Kartoffeln (Kart-offeln sind zu einem kleinen Teile des Jahres mit

Zoll belegt), einige Gemüseartikel usw. Diese Artikel verschlingen schon einen erheblichen Teil des Arbeiter-einkommens. Wollen wir wissen, welche Zollbelastung des Arbeiterhaushaltes im Interesse des deutschen Bauern erfolgt ist, müssen wir eine zweite große Gruppe aus den Nahrungs- und Genussmitteln heraus-nehmen, z. B. alle Kolonialwaren. Der „Zucker-zoll“ belastet also den Arbeiterhaushalt bei Mehl, Brot, Fleisch, einigen Gemüsearten usw. Das sind nun gewiß die allerwichtigsten Nahrungsmittel, aber es ist doch nicht wahr, wie es die sozialdemokratische Presse in schreiender Agitation gerne hinstellen möchte, als ob der „Zuckerzoll“ in allen Ausgaben der Arbeiterfamilie für Nahrungsmittel eine Belastung bringe.

Wie schwieriger ist die Frage nach der Höhe der Belastung zu beantworten. Der „Textilarbeiter“ rech-net einfach den Zoll auf das Pfund Brot um und schlägt ihn dann ganz auf den Einkaufspreis. Das ist einfach ein gewissenloser Unfug. Kein ehrlich urteilender Mensch wird eine derartige Tatsachenverrenkung wagen. Es ist schwierig, festzustellen, in welcher Höhe der Zoll im Kleinhandelspreise zum Ausdruck kommt, aber daß er die Ware um den ganzen Betrag verteuere, ist eine lügenhafte Behauptung. Für die Preis-bemessung sind eine ganze Menge von Gründen maßgebend. Wie wäre es sonst möglich, daß wir teure Brot- und Fleischpreise hatten zu einer Zeit, wo das Getreide billig auf den Markt kam und das Vieh zu ungewöhnlich niedrigen Preisen angeboten wurde. Trotz des Viehzolles und der teilweisen Grenzsperrre wird heute das Vieh in Deutsch-land erheblich billiger verkauft als z. B. im „Freihandels-land“ Holland. Das veranlaßt sogar einen Orts-gruppenvorsitzenden des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, auf deutschem Markte Schweine zu kaufen, zu versuchen, sie über die Grenze zu bringen, um die Eierchen in Holland mit Gewinn wieder loszuschlagen.

Es läßt sich zahlenmäßig nachweisen, daß Getreide trotz der Zölle im Preise sank, daß es zur Zeit voll-ständiger Zolllosigkeit teurer war als zur Zeit der Zoll-belastung. Aus den Tatsachen darf man doch berechtigter Weise den Schluß ziehen, daß die landwirtschaftlichen Waren weniger auf dem Wege vom Bauern zum Groß-händler, als vielmehr auf dem langen, von allerhand „Lieberhabern“ begangenen Wege vom Händler zum Konsumenten verteuert werden. Es würde zu weit führen, auch nur einige von den Punkten anzugeben, die hier verteuern wirken. Ein Berliner Kaufmann Herz hat unlängst im Verlage der „Hilfe“ ein Büchlein erscheinen lassen, das mit viel Eifer für den Freihandel Propaganda macht und namentlich gegen den landwirt-schaftlichen Zoll kräftig ansieht. Selbst dieser entschiedene Freihändler bezeichnet es als Unfug, die Belastung der Ware durch den Zoll in der ganzen Höhe des Zolles erscheinen zu lassen; er nimmt an, daß wir den Zoll ungefähr zur Hälfte trügen. Aber viel weiter geht der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeord-nete Galtner, der heute noch Lehrer an der „freien“ Gewerkschaftsschule in Berlin ist und in seinen Kreisen — natürlich nicht vom „Textilarbeiter“ — als Autorität auf dem Gebiete der Wirtschaftswissenschaften gilt. Er sagt in seinem Büchlein über „Die Einführung in die Weltwirtschaft“ ungefähr so: Was der Bauer irgend eines Landes für sein Getreide erhält, dafür sind nicht die Produktionskosten, nicht Angebot und Nachfrage im Inlande maßgebend, dafür ist vielmehr maß-gehend der Preis, der auf dem Weltmarkt bezahlt wird. Danach wäre der Zoll für die Ver-teuerung der Ware gar nicht von Einfluß, danach trüge das exportierende Ausland den Zoll, eine Meinung, die auch Bismarck immer vertreten hat. Aber so weit möchten wir doch nicht gehen, eine Belastung des Ar-beiterhaushaltes durch den Zoll findet statt, nicht zu allen Zeiten in gleichem Maße, nicht in der Höhe und dem Umfange, als es die sozialdemokratische Presse darstellt.

Großherzoglich-badische Sozialdemo-kratie.

In der Bekämpfung der christlich-nationalen Arbeiter-bewegung wetteifern die Großherzoglich-badischen Sozial-demokraten mit ihren norddeutschen Genossen in Behäftig-keit und Strupplosigkeit. Nur die „oberen“ Führer sind vorsichtiger, aus taktischen Gründen. Gegenüber den herrschenden und regierenden Kreisen treten sie als salonfähige Politiker auf, zeigen sich den Wünschen einer „modernen“ Bürgererschaft stets willfährig. Als Sozialdemokraten sind sie nur noch an ihrem Haß gegen das Christentum zu erkennen. In der Agitation drehen sie schwulstige Phrasen und fordern das Blaue vom Himmel herunter, aber wo es gilt: im Landtag, in den Kommunen und den Unternehmern gegen-über spielen sie die Nachgiebigen, die Ein-sichtigen, da pfeifen sie auf ihre Ver-sprechungen und die Wünsche ihrer Anhänger, nur um salonfähig zu erscheinen. Und so stimmen sie im Landtage für Steuererhöhungen, für das Budget wie für ein Gemeindevahlrecht mit dem Dreiklassensystem. In Preußen werden die Proletariatsmassen zum Kampfe gegen das „elendeste aller Wahlsysteme“ aufgerufen, — in Baden stimmt die Sozialdemokratie für ein Gemeindevahl-gesetz mit Dreiklasseneinteilung. Dafür nehmen die sozialdemokratischen Führer natürlich auch an den ministeriellen Festessen und Bierabenden teil. Den „unteren“ Genossen gefallen diese Dinge natürlich nicht, um sie bei der Stange zu halten, müssen die Agi-tatoren von der zweiten bis fünften Güte ebenso hegen und wüten wie sonstwo.

Die sozialdemokratischen Agitatoren sagen überall, wenn sie einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung hätten, dann würden die Gesetze sehr viel besser sein, als die von bürgerlicher Seite gemachten. Das ist natürlich leichter gesagt als getan. In Baden haben wir den Beweis: Im badischen „Großblod“ ist die Sozialdemokratie mit ihren 20 Mandaten tonangebend und hat bis jetzt noch alle ihre Wünsche durchgedrückt. Sie könnte es auch bei der Sozial- und Volksgesetzgebung, wenn — ja wenn sie ehrlich wollte und fähig dazu wäre.

Wie die 20 Mann starke sozialdemokratische Landtagsfraktion, die zur Zeit im badischen Landtage infolge der politischen Konstellation die einflussreichste Partei ist, die Arbeiterinteressen vertritt, möge folgendes beweisen: Der badische Eisenbahnerverband richtete vor zwei Jahren in Gemeinschaft mit dem sozialdemokratischen süddeutschen Eisenbahnerverbände eine Petition an den badischen Landtag. Verlangt wurde u. a. die Aufstellung eines Lohn tariffs und eine von Jahr zu Jahr steigende Lohnerhöhung von 10 bis 30 Pfg. pro Tag, je nach Dienstalter. Diese Petition wurde in der Landtagskommission unter Zustimmung der Sozialdemokratie abschlägig beschieden. Die Erregung unter den Eisenbahnern gegen die Sozialdemokratie war groß. Es kommt aber noch schöner. In der Landtagssitzung vom 7. Juli 1910 fragte der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Schwall (Sekretär vom sozialdemokratischen süddeutschen Eisenbahnerverbände) bei der Regierung an, wie es mit folgendem Antrage stehe:

„Die Unterzeichneten beantragen, die Zweite Kammer wolle beschließen, allen Arbeitern in badischen Staatsbetrieben sei eine tägliche Lohnzulage von 25 Pfg. und allen Beamten mit einem Jahresgehalt bis zu 3000 M. eine jährliche Teuerungszulage von 90 M. zu gewähren.“

Auf diese Anfrage gab die Regierung zur Antwort, daß ihr von diesem Antrag nichts bekannt sei. Die Eisenbahner hatten also unter der Direktive des sozialdemokratischen Eisenbahnerverbandes einen Antrag auf Verbesserung ihrer Lage gestellt, aber bei den eigenen sozialdemokratischen Fraktionsgenossen keine Unterstützung dafür gefunden, sobald er sang- und klanglos unter den Tisch fiel, ohne nur zur Beratung gelangt zu sein. „... man hat den Antrag verschwinden lassen, ohne daß einer der Abgeordneten darauf Bezug genommen hätte“, klagte das Organ des sozialdemokratischen süddeutschen Eisenbahnerverbandes. Dabei muß noch besonders beachtet werden, daß der Sekretär Schwall vom süddeutschen Eisenbahnerverband selbst Mitglied der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ist und mit seinen übrigen Genossen für das Budget stimmte. So wurden im Landtag des badischen „Musterlande“ die Interessen der Eisenbahnarbeiter von der Sozialdemokratie mit Füßen getreten. Nachher suchte man die Empörung der genasführten Massen in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung mit der Ausrede zu beschwichtigen, daß die ungünstige Finanzlage — wie salonmäßig bürgerlich — „so nachteilig auf das untere Eisenbahnpersonal einwirkt.“ Ein fauler Trost für Leute, denen man mit den weitgehendsten Versprechungen und hohlen Phrasen jahrelang die Köpfe verdreht hat.

Die Entrüstung über den Landtag und die Empörung über das schwachvolle Verhalten der sozialdemokratischen Landtagsgenossen schlug denn auch hohe Wellen. In einem Flugblatt des sozialdemokratischen Eisenbahnerverbandes wurde darüber gemurmelt, daß die Eisenbahner „um eine Hoffnung ärmer, aber desto reicher an Enttäuschung“ waren. Alles, was den Arbeitern Besserung hätte bringen können, sei kurzerhand abgelehnt worden. Viel schärfer und treffender wie die süddeutschen Eisenbahngewerkschaften, die durch die Mitschuld ihres Sekretärs Schwall Zurückhaltung üben mußten, zog die sozialdemokratische „Schmiede-Zeitung“ vom Leder. Sie fand es unbegreiflich, wie der Abg. Schwall für das Budget habe stimmen können. Die „positive“ Arbeit des Landtages habe die Arbeiter nur um eine Hoffnung reicher gemacht. Dann heißt es wörtlich weiter: „Daß die Arbeiter sich aber mit dieser Hoffnung nicht begnügen wollen, ist recht erklärlich. Es gärt und brodelt unter ihnen. Nicht nur, weil ihre Wünsche nicht befriedigt wurden, sondern auch deshalb, weil ein großer Teil sich Affordabzüge, die die neue „Wertarbeit-Lohnordnung“ mit sich bringt, gefallen lassen muß, und zwar in Höhe von 1, 15 und 20 Prozent. Wir stimmen vollständig der „Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonal-Zeitung“ zu, wenn sie in Nr. 35 über diese Abzüge schreibt: ... Was das heißt, bei den jetzigen Verhältnissen, bei einem Lohn von 4 M. sich noch Abzüge machen zu lassen, können nur die beurteilen, die selbst schon mit so geringen Löhnen haben haushalten müssen. Hier helfend eingzugreifen, war unbedingte Pflicht des Landtages.“ ... Daß dies der Landtag nicht fertig gebracht, vielleicht nicht hat fertig bringen wollen, das ist es, was die Erbitterung gerade der Arbeiter ... hervorgerufen hat!“

In diesem Ton der Erbitterung geht es weiter, die ehrliche Entrüstung treibt ein sozialdemokratisches Blatt dazu, der opportunistischen badischen Sozialdemokratie die heftigsten Anklagen ins Gesicht zu schleudern. Es gäre unter den Arbeitern, schreibt die Schmiede-Zeitung zum Schluß:

„Sie sehen, daß sie die Betrogenen sind. Die Männer, die sie in den Landtag gewählt, sie brachten nicht das, was man glaubte, das sie bringen sollten. Als die Petitionen der Eisenbahner zur Beratung kamen, legten die sozialdemokratischen Abgeordneten sich mit denen der bürgerlichen Parteien fest — die Petitionen im großen Korb zu versenken. So wurde husch, husch über die Petitionen hinwegbalanciert, um ja recht bald zum Schluß des Landtages zu kommen. Den Schluß kennen wir ja, ihn kennt ganz Deutschland, die ganze Welt ist von ihm unterrichtet. Das der „würdige Schluß“ auch der Sache würdig ist, daß neben dem „vielen positiven Arbeiten“ noch viel mehr unpositives, unfruchtbares, für die Arbeiter direkt schädliches dabei war, glauben wir nicht der Öffentlichkeit vorenthalten zu sollen.“

Diese Kennzeichnung sozialdemokratischer Sozialpolitik spricht für sich selbst. Kein Wunder, daß sich die An-

schauung in Eisenbahnerkreisen allmählich durchgerungen hat: die Landtage mit schwacher Sozialdemokratie haben uns Verbesserungen unserer Lage gebracht, die mit starker Sozialdemokratie haben uns bitter enttäuscht.

Eine ganz jämmerliche Rolle spielt die Sozialdemokratie bei der Beratung des neuen badischen Einkommensteuergesetzes. Ein Antrag, die Einkommen unter 3000 M. zu schonen, dafür die Einkommen über 10000 M. entsprechend höher zu belasten, wurde von der Regierung unter Zustimmung der Sozialdemokratie abgelehnt. Also Schonung der Reichen und Belastung der Armen durch die Sozialdemokratie.

Daraus dürfte auch das Ministerwort von der „großartigen Bewegung“ zu verstehen sein. In den Arbeiterkreisen aber urteilt man ganz anders.

Die Entwicklung des deutschen Auslandsgeschäftes in Seidenwaren.

Von den Seidenwaren weisen die seideneu Zeuge, Tücher und Schale (auch halbseidene in Verbindung mit Metallfäden) sowie Gaze, Krepp und Flor eine größere Einfuhr als Ausfuhr auf. Folgende Tabelle gibt uns über die Entwicklung Aufschluß.

Jahr	Seid. Zeuge, Tücher, Schale		Gaze, Krepp, Flor					
	Der Einfuhr Menge t	Der Einfuhr Wert Mill. M.	Der Ausfuhr Menge t	Der Ausfuhr Wert Mill. M.	Der Einfuhr Menge t	Der Ausfuhr Menge t		
1885	228	18,4	125	18,7	10	0,4	—	—
1886	164	11,5	126	8,8	38	1,5	1	—
1890	176	11,2	165	10,5	40	1,7	2	0,1
1900	337	17,3	231	13,9	64	5,5	6	0,5
1901	316	17,3	248	14,4	76	6,6	8	0,7
1902	309	17,0	262	15,5	108	8,6	11,7	0,9
1903	278	16,2	261	15,4	101	8,9	12,8	1,1
1904	280	15,6	247	13,0	103	7,9	9,9	0,8
1905	277	16,6	260	14,7	92	5,6	13,5	0,8

Im Bezug der seideneu Zeuge, Tücher und Schale sind wir auf den Import angewiesen. Der Export hat seit 1890 nur noch einmal den Import überholen können. Dieser ist sich seit 1880 ziemlich gleich geblieben, während die Ausfuhr um 67 t im Werte von 8,2 Mill. M. zurückgegangen ist. Bei dieser Sachlage denkt man unwillkürlich an die Klage unserer Seidenindustriellen über die Konkurrenz Japans. Dieser ist heute auch tatsächlich die verbilligte Einfuhr in Deutschland zuzuschreiben. Während sie noch 1899 erit 35 t im Werte von 1,8 Mill. M. betrug, stellte sie sich 1905 auf 76 t im Werte von 3,8 Mill. M. Damit hat Japan die Schweiz, die bis 1895 an erster Stelle stand, überholt. Seine Einfuhr betrug 1905 nur noch 59 t (gegen 127 t 1895!). Eine größere Bedeutung werden wir dem Export Japans noch in Zukunft zuerkennen müssen, denn der neue deutsch-japanische Handelsvertrag ist der Einfuhr gerade dieser Waren durch die Zollermäßigung auf ein Drittel des früheren Betrags sehr zuträglich gekommen. Die Zeit wird nicht mehr ferne sein, wo Japan auch Frankreichs Einfuhr nach Deutschland, die seit 1896 an erster Stelle steht, überholt haben wird. Blich sie doch 1905 nur noch um 11 t hinter Frankreich zurück. Unsere Ausfuhr geht nach den verschiedensten Ländern. Die Hauptabnehmer sind Frankreich, Großbritannien, Oesterreich-Ungarn, Schweden, Schweiz und Amerika.

Die Einfuhr an Gaze, Krepp und Flor hat sich in 25 Jahren verzehnfacht. Den Hauptvorteil hat Frankreich erungen, auf das über 80% unserer Gesamteinfuhr entfällt. Eine bedeutende aktive Bilanz eracht sich aus dem Handel mit halbseideneu Zeugen, Tüchern und Schalen. Die Ausfuhr betrug:

Jahr	Der Ausfuhr		Jahr	Der Ausfuhr	
	Menge t	Wert Mill. M.		Menge t	Wert Mill. M.
1880	3095	135,9	1893	3538	113,2
1881	3258	135,4	1894	2-63	69,2
1882	3737	129,4	1895	3375	86,1
1883	3413	118,3	1896	3021	77,0
1884	4082	129,7	1897	2847	66,0
1885	3407	102,2	1898	3288	80,6
1886	4406	132,2	1899	3417	88,9
1887	4770	143,1	1900	3713	88,7
1888	4711	131,9	1901	3288	85,5
1889	4501	139,5	1902	3439	91,1
1890	4217	130,7	1903	3413	101,1
1891	3513	101,9	1904	3395	86,7
1892	3315	99,5	1905	3151	81,9

Wie aus der Tabelle hervorgeht, war die Lage in früheren Jahren schon günstiger als 1905. Die Ausfuhr hat ihren Höchststand im Jahre 1887 erreicht, wo sie 4770 t betrug, 1905 betrug sie 3151 t weniger, gerade kein günstiges Zeichen! Die Ausfuhrmenge ist 1905 fast ebenso groß wie 1890, der Ausfuhrwert aber hat sich um 54 Mill. M. vermindert. Diese Tatsache ist auf die gleiche Erscheinung zurückzuführen wie die verminderte Ausfuhr an seideneu Tüchern: die Konkurrenz des Auslandes macht sich immer unangenehmer bemerkbar, wozu noch — worauf wir eingangs hingewiesen haben — die zunehmende Industriellierung der einzelnen Länder kommt. Das gilt vor allem für Amerika. Die Ausfuhr dahin ist 1887/88 ganz gewaltig zurückgegangen. 1887 betrug sie 1899 t im Werte von 57,0 Mill. M., 1888 2059 t im Werte von 57,6 Mill. M. Bis zum Jahre 1905 ist sie auf 640 t im Werte von 16,6 Mill. M., in knapp 20 Jahren also auf kaum ein Drittel des früheren Bestandes gefallen. Für die Industrie besteht die Schwierigkeit, für die vorhandene Leistungsfähigkeit neue Absatzgebiete zu finden, dies gelingt ihr aber oft nur unter großen Opfern. In den letzten Jahren ist besonders die Ausfuhr nach Britisch-Indien, Aegypten und der Türkei gestiegen.

Die Einfuhr ist im Verhältnis zur Ausfuhr sehr gering und nimmt immer mehr ab. 1880 betrug sie noch 213 t im Werte von 8 Mill. M., 1905 stellten sich die Zahlen auf 135 t bzw. 4,1 Mill. M.

Die Ein- und Ausfuhr der übrigen Seidenwaren sieht also: In halbseideneu Posamentier- und Knopfwaren ist die Einfuhr ganz unbedeutend, die Ausfuhr sank von 26,5 Mill. M. 1880 auf 11 Mill. M. 1905. In seideneu Spitzen und Borden liegt die Ausfuhr von 1,2 Mill. M. im Jahre 1880 auf 5 Mill. M. im Jahre 1905, die von seideneu

Strümpfen von 1,3 Mill. M. 1880 auf 4,9 Mill. M. 1905. Eine nennenswerte Einfuhr haben wir noch in seideneu Spitzen und Borden, und zwar 1905 für 4,4 Mill. M. Sie sank aber seit Mitte der 80er Jahre ständig. An anderen Seidenwaren führen wir 1905 noch für 6,2 Mill. M. aus. Bei den halbseideneu Posamentier- und Knopfmachern fällt der starke Rückgang des Exportes auf. Seine Ursache ist vor allem in der zunehmenden Selbständigkeit Amerikas zu suchen. Die Ausfuhr dahin betrug 1880 noch 397 t im Werte von 13,9 Mill. M., 1905 ist sie auf 65 t im Werte von 1,3 Mill. M. angelangt. Als Ausfuhrländer wären noch Frankreich und England zu nennen. Ist die Ausfuhr auch zurückgegangen, so ist doch die Einfuhr nach Deutschland nicht gewachsen — ein Zeichen, daß die Industrie im eigenen Lande herrscht.

Die Ausfuhr in seideneu und halbseideneu Bändern, letztere in Verbindung mit Metallfäden, ist seit 1880 nicht unbedeutlich gestiegen — von 82 auf 169 t. Dieses Mal finden wir ausnahmsweise eine erhöhte Aufnahmefähigkeit des amerikanischen Marktes. Die Ausfuhr dorthin betrug 1885 9 t im Werte von 0,6 Mill. M., 1905 34 t im Werte von 1,2 Mill. M. Auch die Ausfuhr nach England ist sehr stark gestiegen. Für die Einfuhr nach Deutschland gilt das oben Gesagte.

Eines langen Kampfes und großer Anstrengungen hat es bedurft, bis die Ausfuhr von Spitzen, Bändern und Stickereien die Einfuhr überholt hat. Zugleich mit der Eroberung neuer Märkte ist der Erfolg auch auf die vermehrte Ausfuhr nach England und Amerika zu setzen. Sie betrug 1880 nach England 1 t im Werte von 0,1 Mill. M., nach Amerika ebensoviel. 1905 betrug die Einfuhr in England 33 t im Werte von 2 Mill. M., die nach Amerika stellte sich auf 23 t im Werte von 1,4 Mill. M. Die in Anbetracht der Ware große Einfuhr nach Deutschland wird hauptsächlich von Frankreich bestritten.

Die Ausfuhrzahlen von seideneu Strümpfen geben uns ein interessantes Beispiel von der Macht der Mode auf unsere Industrie. Zwei Perioden der Hochkonjunktur können wir deutlich unterscheiden: die eine geht von 1889 bis 1894, die andere setzt schon 1901 ein und dauert bis 19... Die Hauptabnehmer waren in beiden Perioden England und Amerika. Der Export dahin umfaßt beinahe drei Viertel des Gesamtexportes überhaupt.

Es erübrigt sich noch, zu sagen, daß die Einfuhr von Seidenwaren im Jahre 1905 einen Wert von 149,4 Mill. M. repräsentierte, das sind 2,6% des Ausfuhrwertes überhaupt; sie stehen damit an sechster Stelle des Ausfuhrhandels. Der Einfuhrwert an Seidenwaren betrug 1905 34,2 Mill. M., das sind 6,5% der Gesamteinfuhr nach Deutschland. Wir haben also einen tatsächlichen Ausfuhrüberschuss von 115,2 Millionen Mark. Die Betrachtung des Spezialhandels in der Textilindustrie hat uns zweifellos eine weitgehende Abhängigkeit vom Ausland gezeigt. Es trifft dies zu sowohl im Bezug der Rohstoffe als auch im Absatz von Fabrikaten. So berechtigt der Stolz ist, den der Deutsche wegen des Standes seiner zweitbedeutendsten Industrie haben darf, so gefährlich ist die jetzige Lage. Unsere Kolonien spielen bis heute eine untergeordnete Rolle. — Ansätze, Rohstoffe der Textilindustrie dort zu pflügen, sind da, und wir wollen hoffen, daß sie eine befriedigende Weiterentwicklung haben, die unsere Industrie wenigstens zu einem Teil vom Ausland unabhängig machen. Nicht minder wichtig aber als die Unabhängigkeit im Bezug von Rohstoffen ist die Möglichkeit des Abzuges der Industrieprodukte im Ausland. Gerade in der Aufnahmefähigkeit verlagern unsere Kolonien aber fast ganz, und wir sind auf Märkte angewiesen, die sich immer mehr betreiben, ihren Bedarf im eigenen Lande zu decken. Wir haben ja immer und immer wieder auf die Vereinigten Staaten von Amerika hingewiesen; es gehört keine Prophezeiung dazu, um mit Gewißheit zu sagen, daß dieser für die Textilindustrie bedeutungsvollste Markt für Deutschland in absehbarer Zeit verloren geht.

Aus der Arbeiterbewegung.

Kartellbeamter gesucht. Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften für Aachen und Umgegend sucht per sofort oder später einen Kartellbeamten. Kollegen, welche für diesen Posten geeignet sind, oder sich in ähnlicher Stellung befinden, werden gebeten, ihr Bewerbungsschreiben nebst Verhaltensprüchen umgehend an die Adresse des Vorstehenden Ewald Weber, Aachen, Poststr. 56, einzujenden.

Gedenket zu Weihnächten der ausgesperrten Tabakarbeiter! Zehn Wochen lang sind nunmehr die westlichen und norddeutschen Tabakarbeiter ausgesperrt. Es handelte sich bekanntlich um sehr geringfügige Differenzen. Die Arbeiter hatten ihre Forderungen wart erniedrigt. Allein, die Fabrikanten wollten einen Kampf gegen die Organisation der Arbeiter, wie sie sich selbst in ihrem offiziellen Organ ausdrückten. Die meisten der Fabrikanten befinden sich heute in einer Lage, daß sie nachgeben wollen. Aber der Vorstand und die Firmen, die den Anlaß zur Aussperrung gegeben haben, setzen sich darüber weg. Der Vorstand hat zu Beginn der Aussperrung, wie verlautet, auf ein Vierteljahr Vollmacht erhalten und daher bis heute keine Generalversammlung einberufen. Es sind nunmehr Verhandlungen eingeleitet, ob sie aber ein für die Arbeiter annehmbares Ergebnis haben, steht noch dahin.

Unter den 14000 Aussperrten befinden sich bekanntlich 2000 christlich organisierte Tabakarbeiter und Arbeiterinnen. Sie wurden auf die Straße gesetzt, ohne daß der christliche Verband an den ausgebrochenen Differenzen besonders beteiligt war. Mögen unsere Mitglieder in diesen Tagen, wo das harte Los der Tabakarbeiter besonders lebendig an unser Interesse pocht, gerne ein Scherflein zu ihrer Unterstützung beitragen. Die Ortsverwaltungen möchten wir bitten, erneut die vom Gesamtverband herausgegebenen Sammellisten in Umlauf zu setzen.

Die Stellung der christlichen Arbeiterchaft zum Staat. Den Sozialdemokraten ist der Staat nichts anderes als der „Verwaltungsausschuß der be-

stehenden Klassen", für die christlichen Arbeiter ist er die Zusammenfassung eines Volks zum Zwecke der Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der einzelnen Glieder. Der Staat sind wir; die verschiedenen Volksschichten zusammengenommen bilden den Staat. Und für sie alle zu sorgen, ist des Staates Pflicht und Aufgabe. Nun weiß aber die Volksgemeinschaft religiöse, kulturelle und wirtschaftliche Verschiedenheiten und Gegensätze auf. Hier den nötigen Ausgleich zu finden ist die schwierigste Aufgabe der Regierung.

Die Sozialdemokratie sagt, weil der Staat der Verwaltungsausschuß der bestehenden Klassen sei, habe der Arbeiter von ihm nichts zu erwarten und deshalb seine Beseitigung anzustreben. Die bestehenden Klassen hätten die Staatsmacht in den Händen und beuteten sie rücksichtslos aus. Darum verweigert die Sozialdemokratie diesem Staate jeden Mann und jeden Groschen. Sie gibt ihm kein Geld zur Erhaltung seiner Wehrkraft, zu Aufwendungen für allgemeine Kultur- und Wirtschaftszwecke. Sie stimmt nicht nur grundsätzlich gegen Steuervorlagen, sondern auch gegen das Budget.

Hat nun der Arbeiter vom Staate wirklich gar nichts zu erhoffen? Zunächst eins: Die Sozialdemokratie will an Stelle der Monarchie die Republik. Nun lehnen alle Beispiele, daß die Arbeiter sich in einem monarchischen Staatswesen besser stehen, als in einem republikanischen. Ferner: Schon das für den Reichstag und die meisten Einzelstaaten bestehende demokratische Wahlrecht gibt dem Arbeiter Gelegenheit, Einfluß auf die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften zu gewinnen. Tatsächlich haben sie auch bereits Erfolge aufzuweisen. Deutschland steht bezüglich der Sozialversicherung an der Spitze aller Länder. Seit 1885 wurden insgesamt 7651 Millionen Mark an Entschädigungen ausbezahlt. Vom Reich, Einzelstaaten und Kommunen wurden 1907 für Geisteskultur (Kunst und Wissenschaft, Kultur und Schule) 727 Millionen, für Armen-, Kranken- und Waisenspflege 151 Millionen und für Gesundheitspflege 150 Millionen ausgegeben. Es ist also unklar, daß das moderne Staatswesen nur die Interessen der Bestehenden wahrnimmt.

Das Widerstreben der Regierung bei sozialen Reformen ist nicht immer der Ausfluß reaktionärer Gesinnung. Sowohl mächtige Interessentverbände, als auch die Volksströmungen machen ihren Einfluß geltend, dem sich eine Regierung nicht immer zu entziehen vermag. Die Sozialdemokratie nun tut alles, um die dem Arbeiterstand feindlichen Strömungen zu nähren und zu stärken. (Terrorismus, revolutionäre Tendenzen, Untergrabung der staatlichen Autorität.) Sie wird also selbst zum Hemmnis der gesetzlichen Sozialreform.

Wer Forderungen an den Staat stellt, hat auch dem Staat Mittel zu bewilligen. Die Politik der Sozialdemokratie ist kindisch. Sie stellt die höchsten Anforderungen, verweigert dem Staate aber grundsätzlich alle Mittel. Sie verzehrt sich so auch ihren Einfluß auf eine soziale Ausgestaltung der Steuervorlagen.

Auch die Aufbringung von Mitteln zur Erhaltung der Wehrfähigkeit ist nicht zu umgehen. Deutschlands

exponierte Stellung in der Weltwirtschaft bedingt einen ausreichenden Schutz.

Der Wert des deutschen Außenhandels beziffert sich auf zirka 15 Milliarden Mark. Der Raumgehalt der Handelsflotte stieg von 925 858 Tonnen im Jahre 1871 auf 2 352 000 Tonnen im Jahre 1905. Eine Reihe deutscher Industrien deckt ihren Bedarf an Rohstoffen fast ausschließlich oder doch vorwiegend durch den Handel zur See.

Somit hat ebenfalls der Arbeiter ein großes Interesse an einem kräftigen Schutz der deutschen Volkswirtschaft zu Wasser und zu Lande.

Kriegervereine und Gewerkschaften. Wie wir dem „Bergknappen“ entnehmen, will der Deutsche Kriegerbund, wie er durch ein Rundschreiben vom Oktober 1911 den ihm angeschlossenen Kriegerverbänden mitteilt, eine Kriegerversicherungs- und Fürsorgekasse ins Leben rufen „für die durch den Terrorismus der Sozialdemokratie geschädigten Kameraden-Arbeiter“. Nach dem Rundschreiben ist die Gründung dieser Kasse „die notwendige Folge des Beschlusses des Abgeordnetentages des Deutschen Kriegerbundes in Eisenach 1909... nach welchem die gleichzeitige Zugehörigkeit von Mitgliedern der Kriegervereine zu den freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften als unvereinbar mit den Pflichten der Bundesmitglieder erklärt worden ist“. — Es sollen außer den Arbeitern auch andere bedürftige Kreise sich an der Einrichtung beteiligen können. — Ueber die Aufgaben der Kasse für die Arbeiter sagt das Rundschreiben:

„In erster Linie soll es Aufgabe der Kasse sein, die durch Ausperrungen in Mitleidenschaft gezogenen Kameraden zu unterstützen und ihnen nach beendetem Streit Beihilfen zu gewähren. Diese können jedoch nur nach völliger Klärung der Sachlage und unter Wahrung des Grundsatzes strengster Unparteilichkeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zugebilligt werden. Dieser Grundsatz schließt von vornherein die Gewährung von Unterstützungen aus, die lediglich durch eine Beteiligung an Arbeitseinstellungen während derselben hervorgerufen werden. Dagegen soll die Kasse weiter denjenigen Kameraden Schutz bieten, welche wegen ihrer Zugehörigkeit zu den Kriegervereinen durch den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften von ihren Arbeitsplätzen verdrängt werden.“

Also Schutz vor der Sozialdemokratie und ihrem Terrorismus steht im Vordergrund. Außerdem ist die Errichtung einer Krankenkasse geplant. Die einzelnen Kreis-Kriegerverbände werden aufgefordert, zu der Frage der Unterstützungskasse Material zu sammeln und insbesondere festzustellen, wer sich daran zu beteiligen wünscht.

Der Plan des Kriegerbundes gibt zu ersten Bedenken Anlaß. Sowohl vom Standpunkte der Kriegervereine aus, als auch vom Standpunkte unserer Gewerkschaftsbewegung aus. An und für sich kann man ja gegen einen beabsichtigten Schutz gegenüber sozialdemokratischem Terrorismus nichts einwenden. Er muß aber in der rechten Form geschaffen werden, darf insbesondere die in schwerem Kampfe mit der Sozialdemokratie stehende christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung nicht schädigen und der nationalen Sache überhaupt keinen Schaden bringen.

Diese für die auf vaterländischem Boden stehenden Kriegervereine eigentlich selbstverständlichen Bedingungen erfüllt der Plan des Deutschen Kriegerbundes nicht. Die Mitglieder des Bundes sollen den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht angehören dürfen. Zum Schutz gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung will der Kriegerbund Unterstützungsausschüsse schaffen. Warum verweist man die Mitglieder des Kriegerbundes nicht auf unsere auf nationalem Boden stehende Gewerkschaftsbewegung? Hier ist doch jeder denkbare Schutz vor sozialdemokratischem Terrorismus zu finden. Offenichtlich aber sollen die Kriegervereine nicht nur Schutz gegen den sozialdemokratischen Terrorismus schaffen, sondern die Gewerkschaftsbewegung überhaupt ausschalten, oder wenigstens möglichst viele Arbeiter davon fernhalten. Wollte man das nicht, so brauchte man die Unterstützungsbeiräte nicht zu planen und könnte die Arbeitermitglieder auf unsere Bewegung verweisen.

Einen vollwertigen Ersatz für die Gewerkschaftsbewegung können die aus Angehörigen aller Berufe gebildeten Kriegervereine nicht bilden, die Leiter derselben wollen das aber auch gar nicht. Ausdrücklich wird ja gesagt, daß während einer Arbeitseinstellung eine Unterstützung nicht erfolgen soll. Ohne Unterstützung aber können die Arbeiter nicht streiken und ohne Streik sehr oft ihre berechtigten Wünsche nicht durchsetzen. In einer der wichtigsten Fragen will der Deutsche Kriegerbund also versagen. Wenn er aber die Gewerkschaftsbewegung ausschalten will, muß er vollwertigen Ersatz schaffen und wenigstens den Versuch machen, ebenso wie die Gewerkschaften die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Die Kriegervereine können aber die Gewerkschaftsbewegung nicht ersetzen. Sie sollten sich deshalb auch nicht auf das Gebiet begeben. Es führt zu nichts Gutem. Unserer Bewegung, die schon seit Jahren so erfolgreich den Kampf gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften und gegen jeden sozialdemokratischen Terrorismus führt, wird dadurch die Arbeit erschwert, zur Freude und zum Nutzen der sozialdemokratischen Bewegung.

Auch im Interesse der Kriegervereine und ihrer so schönen Aufgabe ist ein Gegensatz zwischen ihnen und unserer Bewegung nicht zu wünschen. Die Kriegervereine dürfen sich nicht zu Vereinen im Sinne der gelben sogenannten nationalen Arbeitervereine entwickeln, wollen sie ihre Bedeutung behalten. Aufrechte Arbeiter können den Vereinen nicht mehr angehören, wenn diese der notwendigen Gewerkschaftsbewegung und damit dem Aufstieg des Arbeiterstandes entgegenarbeiten.

Unsere Freunde in den Kriegervereinen aber bitten wir, diese Vereine nicht zu Konkurrenzorganisationen für unsere Bewegung aufzuwachen zu lassen. Die Arbeiter müssen in dieser Frage in den Vereinen den Ausschlag geben, und nicht die den Vereinen angehörenden Nichtarbeiter. Auch die sozialdemokratische Gefahr darf nicht zu der geplanten Umformung der Vereine führen. Daß mehr wie der Kampf gegen die Sozialdemokratie hinter dem Plane steckt, ersieht man aus der Tatsache, daß man sich auch dort, wo keine sozialdemokratischen Gewerkschaftler sind, mit der Sache schon beschäftigt.

Sied.

Von Wilhelm Fenjen.

In allen trüben Stunden,
Die mir die Welt gebracht,
Hab' allzeit ich empfunden
Des alten Wortes Macht:
Ein Saatgesäße ist die Zeit,
Du erntest Lust, du erntest Leid —
Der Tag hat seine Stunden,
Und ihre Zeit die Nacht.

Das hab' ich immer feste
Gehalten vor dem Sinn,
Es kam und schwand das Beste
So wie das Schlimmste hin.
Harr aus nur eine Weile lang,
Bis es erinnernd wiederklang,
Und was da bleibt vom Reife,
Der Rest bleibt doch Gewinn.

Vor Weihnachten.

Von Kollegin M. Sahn.

Es dämmerte. Im Fabrikhause leuchteten die grauen Schatzen schon in die hohen Regale, und das Rauschen der Eisenhämmer, die dort herausdrängten, verdrängte in dem fahlen Grau.

Im Westen am Himmel verglühten die letzten Sonnenstrahlen und die hohen, von Eisenstäben durchkreuzten Fenster spiegeln sich in der purpurnen Lobe.

Langsam blähte sie ab. Die Schatten im Raume nahmen zu und — „Licht!“ ruft eine helle Mädchenstimme. Ein Fingerring, die elektrischen Glühbirnen flammen auf. Unter den grünen Schirmen hervor quillt das Licht und umweht alle die dunklen und blonden Mädchenköpfe, die sich eifrig über die Häpkel beugen.

Im Fabrikhause. Es liegt ein Ausdruck des Dumpfens, Farblosen, Gesangsähnlichem in diesem Wort, aber

wem es gegeben ist zu sehen, schaut einen prächtigen Farbenreichtum. Die hohen Fenster, die wie graue Tafeln in die Dämmerung ragen und deren untere Scheiben, in Milchglas gehalten, in der Beleuchtung wie Eis glitzern. Das einöhrige Grau der Wand wird von dem Rostbraun der Heizröhren unterbrochen.

Und darüber saust das Rad, und der Treibriemen surrt, und an den Rädchen blitzen und blinken die Flügel der Hähnel. Die drehen sich hurtig, als wäre es Spiel. Und die Bandstäpeln wachsen unter den flinken Mädchenhänden und leuchten in allen Farben.

Ein junges Mädchen, mit weißem Leinenband beschäftigt, zieht einen feinen Goldfaden durch die fertigen Stücke und singt dabei, halbblaut, wie versunken, „aus der Jugendzeit“.

Seine Nachbarin läßt die Hand mit dem buntgestreiften Teppichband ruhen, lauscht dem Singen, schaut in das helle Licht und sagt: „es ist wie Weihnachten.“

Da heben sich all die gesenkten Gesichter, ein frohes Leuchten geht über sie hin und die Augen strahlen im Weihnachtserrinnern.

„Bei uns war das Christkind selten“, erzählt eine dunkle Bräutle, „die Mutter war Witwe und mußte immer draußen arbeiten. Aber von Vereinen ließ sie sich nichts schenken“, fügt sie stolz hinzu.

„Nun, wir mußten froh sein, wenn sich einer erbarmte“, berichtet lachend ein frischwangiges Mädchen, die vierte von fünfzehn Geschwister, „die vielen Kinder, und der Vater sorgte so selten, da war die Mutter dankbar für jede Gabe“. Und lachend erzählt sie von den Vereinsgaben, von buntestreifter Wasche, die statt der Knöpfe Bänder hatte und Kleiderchen, denen die Knicknäher ansahen, woher sie stammten.

„Und das gerade tat so weh“, meint eine blonde Größe und nebelt nervös an einem dichten Knäuel blauer Sonatze, aber das rotwangige Mädchen lacht und meint das sei ja längst vorbei, und keine Bitterkeit scheint ihre Erinnerung zu trüben.

„Und mir hat das Christkind immer prächtigen Schmuck gebracht, glänzende Spangen und Ringe“, berichtet ein zierliches Perlmutter und spielt mit der Korallenkette dabei, „und ich habe mich immer so sehr darüber gefreut, bis ich auf dem Christmarkt sah, daß sie Stück für Stück 30 Pf. kosteten.“

„Da habe ich eines Abends vor einem Goldladen gestanden und mir die blitzenden Herrlichkeiten angesehen,

die echt waren. Möglicherweise hörte ich eine Stimme hinter mir sagen: „Suchen Sie sich etwas aus, mein schönes Kind, ich kaufe es Ihnen“. Ein eleganter Herr stand neben mir und legte vertraulich seine Hand auf meinen Arm.“

„Und da bist du fortgelaufen nicht wahr?“ fragt eine Nachbarin. Die Kleine nickt: Die andere aber zerpflückt in Gedanken eine kunstvolle Seidenblume im Welsch, den sie gerade verarbeitet und sagt halb traurig, halb bitter: „o ja, wir sind ja nur Fabrikmädchen“, dabei fällt ihr eine Träne auf die schimmernde Seide und tonlos fährt sie fort: am Weihnachtstage haben sie meine Mutter begraben.“

Da schweigen sie eine Weile bewegt, bis ein blaßes Mädchen berichtet: „an einem Weihnachtstage habe ich nichts bekommen, der Vater war gerade arbeitslos und die Mutter konnte von allem Waschen bei fremden Leuten keinen Finger mehr bewegen, sie waren dicker geschwollen von Sied. Aber geschenkt haben wir nichts bekommen und nun sind wir Kinder alle groß“. Dabei geht ein frohes Leuchten über ihr blaßes Gesicht und sie lächelt der Glücksgöttin auf einem Etikette zu, daß sie eben um ein Stück leidener Lige legt.

„Weihnachten kommt mein Mamma aus dem Krankenhaus, der Arzt hat es mir versprochen“, sagt glückselig eine junge Frau, „und wenn ich erst wieder daheim sein kann und das Kindchen nicht mehr morgens durch die rauhe Luft zu tragen brauche, wie will ich es ihm dann schön machen“.

Und geduldig fügt sie von der rauhen, spröden Korbel Lage zu Lage.

„D wie liegt so weit, was mein einst war“, singt halbblaut meine Gefährtin neben mir und meine Seele geht leise aus dem geräuschvollen Raum und wandelt die hell-dunklen Adventspfade der Erinnerung. Sehnsüchtig geht sie ins goldne Kinderland, ins Elternhaus. Das lag mitten in Fabrikanlagen und bot wenig poetischen Reiz. Aber wenn der Schnee auf all den grauen Lauben lag, die Schöten feierten und fern im Westen die Sonne purpurn niederfiel, träumte meine Kinderseele vom Christkind. Und die Mutter stand, den Kopf an Vaters Schulter gelehnt, am Weihnachtsbaum und schaute sinnend auf die Lichterblumen der Tanne.

Vorbei! Das seidene Band in meiner Hand knistert, die Räder surren und eine Spule rollt polstert am Boden und neben mir singt es halbblaut, träumend und versunken: „Aus der Jugendzeit.“

Materialismus oder christliche Rechtsordnung. Den Angelpunkt in den prinzipiellen Auseinandersetzungen zwischen uns und den „freien“ Gewerkschaften bildet die Frage: „Soll die Lösung der Arbeiterfrage auf dem christlichen Rechtsboden oder auf dem Boden des Materialismus erstrebt werden.“

Für den Christen ist diese Frage entscheidend, braucht sie gar nicht erst diskutiert zu werden. „Kampf bis zur Vernichtung“, das ist die eiserne und unabwendbare Logik des Materialismus. Auch der Materialist erkennt ein „Recht“ an, das Recht seiner Klasse. Duldung, Veröhnung, Ausgleich der Klassengegensätze, das sind dem Materialisten wesensfeindliche Begriffe. Und diesen unerbittlichen Klassenkampf wollen die „freien“ Gewerkschaften der Arbeiterbewegung dienstbar machen. Das lehnen wir als Christen selbstverständlich ab. Uns gilt der Rechtsbegriff nicht als Vorrecht irgend einer Klasse, sondern als Norm für die Abgrenzung der Ansprüche der einzelnen Klassen der menschlichen Gesellschaft. Wer Rechte für sich fordern will, muß auch Rechte anderer anerkennen.

Der Rückschluß hat aber dieselbe Gültigkeit: wer die Rechte anderer anerkennt, kann auch für sich Rechte fordern. Darum kann man von den christlichen Gewerkschaften sagen: „Recht fordern sie mit Recht.“

Womit wollen aber die sogenannten „freien“ Gewerkschaften ihre „Rechtsforderungen“ begründen? Ist ihnen doch das ganze Weltgetriebe und damit auch der wirtschaftliche Kampf nur das Stampfen einer geschloß arbeitenden Maschine, in welcher das Schwächere vom Stärkeren zermalmt wird.

Menschenwürde und Menschenrechte wandern in die Kumpelkammer, wenn der „Kampf ums Dasein“ Regulator unseres Wirtschaftslebens wird. Der Mensch wird zur Maschine, die menschliche Arbeitskraft zur Ware degradiert.

Diese für uns Arbeiter erschreckende Tatsache wird in einem Artikel, der soeben die Kunde durch die sozialdemokratische Presse macht, mit zynischer Offenheit eingestanden. „Vom „rohen“ Materialismus“, so betitelt sich der Erguß in der sozialdem. „Wälz. Post“, vom 6. Dez. (Zweites Blatt, Nr. 286) worin es ganz unverblümt heißt:

„Der überzeugte Sozialist aber sieht in der Herabwürdigung des Menschen zur Ware nur eine Stufe in der historischen Entwicklungsbahn, deren ehernen Gesetzen wir uns nicht zu entziehen vermögen.“

Dieses Eingeständnis bietet den Schlüssel zu dem Verhalten der „Genossen“. Jetzt wird es auch verständlich, warum sich die „Genossen“ bei politischen Wahlen wie blinde Felleisen abkommandieren lassen, z. B. im Eisaß zur Wahl eines Textilfabrikanten, der als einer der schlimmsten Gegner der Gewerkschaftsbewegung bekannt ist. Nach der Logik der „Genossen“ ist dieser Fabrikant in seinem Kampfe gegen die Arbeiterbewegung auch wohl diesen „ehernen Gesetzen“ unterworfen, denen er sich „nicht entziehen“ kann. Wir christlichen Gewerkschaftler aber wollen mit Einföhrung der letzten Kraft dahin streben, daß Menschenrechte und Menschenwürde auch im Wirtschaftsleben Anerkennung finden.

Wie die sozialdemokratische Presse die Wähler einseitig. Die Sozialdemokratie verweigert bekanntlich dem Staat alle Mittel zu Rüstungszwecken. Die hierfür ausgeworfenen Summen sind ihr ein bestes Agitationsmittel. Speziell jetzt im Wahlkampf hört man wieder in allen Variationen das Lied: was könnte mit diesen Summen nicht alles gemacht werden, um die Not des Volkes zu lindern. Die „Rheinische Zeitung“ (Nr. 275/1911) z. B. entwirft folgendes auf den ersten Blick recht verlockendes Programm:

„Von dem Gelde, das das Deutsche Reich jährlich für Rüstungszwecke ausgibt, könnten jährlich drei bis vier Millionen Arbeitsunfähiger, Arbeitsloser oder sonst notleidender Staatsbürger unterstützt werden! Oder man könnte davon im Laufe eines Menschenalters soviel Häuser bauen, daß jede Familie zeitweilig ihr eigenes, bequemes, mietfreies Heim besitzen könnte! Oder auch, man könnte ausgezeichnete Schulen im ganzen Reich einrichten und jedem Schulkind täglich eine warme Mahlzeit gewähren. Jede dieser Aufgaben würde zu ihrer Lösung kaum mehr Mittel erfordern, als sie heute für die Rüstungen zwecklos aufgewendet werden.“

Das ist wieder einmal ein Schulbeispiel dafür, mit welcher demagogischen und verlogenen Mitteln die Sozialdemokratie arbeitet. Den vorstehenden Ausführungen der Rhein. Ztg. wird jeder entnehmen, daß diese Partei, wenn sie zur Macht gelangt ist, wenigstens durch eine allmähliche Abrüstung Hunderte von Millionen für Kulturzwecke freimachen wird. Das ist purer Schwindel. Auch die Sozialdemokratie wird Heer und Flotte ebenso wenig entbehren können wie der jetzige Staat. Das gestehen die maßgebenden Führer der Partei auch offen ein. Was sie wollen, ist nur ein anderes System an Stelle des stehenden Heeres, das Milizsystem, die allgemeine Volkswehr. Wird diese billiger zu stehen kommen? Genosse Schippel hat dies schon auf dem Parteitag zu Hamburg (1897) verneint:

„Da sieht es auch bei der Miliz mit den Kulturaufgaben windig aus. Ein billiges System ist das Milizsystem nicht, und unendliche Summen werden für Kulturaufgaben dadurch nicht frei. Das Schlagwort: die Miliz ist billig, wird man daher fallen lassen müssen. Tatsachen soll man sehen und nicht die Augen davor verschließen.“

Genosse Schippel kann sogar für seine Ansicht den Genossen Kautsky als Kronzeugen anrufen. Im 18. bis 20. Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ (1911) zitiert er diesen. Darnach hat sich Kautsky zu dieser Frage folgendermaßen geäußert:

„Der Übergang vom System des stehenden Heeres zur Volkswehr kann, muß aber nicht, notwendiger-

weise eine erhebliche absolute Verringerung der Heeresausgaben herbeiführen. Auf keinen Fall werden sie dadurch in einem Maße sinken, daß aus dem freierwerbenden Betrag auch nur ein größerer Bruchteil der Kosten des modernen Kulturstaats gedeckt werden könnte. . . . Woher aber dann das Geld nehmen für die Verwandlung des Staates in einen Kulturstaat?“

Ja, woher das Geld nehmen? Es ist weit leichter, den kurzichtigen, leichtgläubigen Volksmassen schöne Versprechungen zu machen, wie diese hinterher auch zu verwirklichen. Unsere Aufgabe muß es sein, diesen Volksbetrug der Sozialdemokratie zu entlarven und die Massen über das Gaukelspiel, das diese Partei mit der Arbeiterschaft treibt, aufzuklären.

Gewerkschaftliche Streikunterstützung als Darlehen. Der christliche Metallarbeiterverband hat unlängst bei einem Streik eine Maßnahme getroffen gehabt, die geeignet ist, der Ausnutzung der Gewerkschaften durch Streikende oder Ausgesperrte, die eben erst einer Organisation angehören, in etwa vorzubeugen. Er zahlte nämlich denjenigen, die keinerlei Anspruch auf Unterstützung hatten, dennoch eine Streikunterstützung aus, aber die Leute bekamen das Geld nur als Darlehen, das sie gemäß unterschriebener Vereinbarung zurückzahlen hatten, wenn sie innerhalb einer Frist von drei Jahren aus dem Verbands austreten sollten. Der christliche Metallarbeiterverband hat gegen einige Personen, die bald nach dem Streik aus der Organisation austraten, die Rückzahlung der Beträge mit Erfolg eingeklagt.

In ihrer blinden Feindschaft gegen die christlichen Organisationen nahmen sich aber die sozialdemokratische „Metallarbeiter Zeitung“ und einige andere rote Blätter der Ausgetretenen an, beschimpften mit den rüdeiten Schimpfnamen den christlichen Metallarbeiterverband und nahmen mit ungemein großem Eifer jene gewerkschaftlichen Kassenmarder in Schutz. Dieses mehr als sonderbare Verhalten findet nun eine gute Illustration durch das „Korrespondenzblatt“ der „freien“ Gewerkschaften Deutschlands, indem es in Nr. 44 genaue Anweisungen darüber gibt, wie man Leute gerichtlich fassen kann, die die Gewerkschaften nur als Durchgangsstation betrachten, die Gewerkschaftskassen auszunutzen. Weil die Gewerkschaften nicht das Recht einer juristischen Person haben und darum kein Einlagerecht, brauche man die Unterstützungsbeiträge nur einem Dritten zu übertragen, der sie dem betr. Mitgliede als Darlehen aushändige. Das ist also ganz dasselbe, was der christliche Metallarbeiterverband getan hat und was mit durchaus vernünftigen und stichhaltigen gewerkschaftlichen Gründen verteidigt werden kann.

Uebrigens tut ganz dasselbe der sozialdemokratische Bergarbeiterverband, wie nachstehende Erklärung beweist:

„Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Gleichzeitig verpflichte ich mich, das vom Verbandsstättierer Paul Horn aus Bochum in Form einer Unterstützung erhaltene Darlehen wieder zurückzahlen, wenn ich die Arbeit aufnehme, bevor der Streik verbandsfreig als beendet erklärt ist, oder aus dem Verband austrete.“

Daß in diesem Revers die durch Unterstützungen gewonnenen Mitglieder nicht auf einige Jahre, sondern auf unbestimmte Zeit gebunden werden, sei nur nebenher erwähnt. Damit genug des grausamen Spiels roter Doppelzüngigkeit. Das sind die Folgen des blinden Hasses gegen die christliche Arbeiterbewegung und der sozialdemokratischen Nebenregierung in den unfreien Gewerkschaften, bei denen bald niemand mehr weiß, wer denn eigentlich noch die verantwortliche Leitung in Händen hat.

Von der Neutralität der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. Wie sich die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften hinsichtlich ihrer parteipolitischen Stellung benehmen, entbehrt nicht einer gewissen Komik. Sie reden immer, daß sie im lieben Vaterlande die einzigsten Gewerkschaften wären, die Anspruch auf parteipolitische Neutralität machen könnten, sie handeln aber in der ganz entgegengesetzten Richtung. So berichtet die freisinnige „Rittauer Morgenzeitung“ (3. Dez. 1911 Nr. 281) über eine Versammlung des Ortsverbandes der deutschen Gewerkschaften H.-D. in Chemnitz, worin ein Herr Lehrer Schwesler über das Thema: „Die Arbeiter und das neue Volksschulgesetz“ referierte. Die Versammlung nahm schließlich einstimmig folgende Entschliessung an:

„Der Ortsverband der deutschen Gewerkschaften zu Chemnitz erklärt sein Einverständnis mit den Reformforderungen der sächsischen Lehrerschaft und der fortlich ullaichen Bevölkerung an ein neues Volksschulgesetz. Insbesondere bittet er, die Einföhrung der allgemeinen Volksschule, die Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und die Reform des Religionsunterrichts im Sinne der Zwickauer Theesen zu beschließen.“

Diese Resolution wird vom geschäftsführenden Ausschuss des Ortsverbandes der deutschen Gewerkschaften zu Chemnitz an die beiden Kammern des sächsischen Landtages gerichtet werden.

Die hier angebotene Reform des Religionsunterrichts in den Volksschulen im Sinne der Zwickauer Theesen verlangt die religionslose Schule.

Wir können mit dem besten Willen nicht einsehen, wie eine solche Frage, ein solches Schulprogramm überhaupt, mit der gewerkschaftlichen Neutralität über einen Kamm gebracht werden kann. U. E. ist das eine hochpolitische und zwar eine hochparteipolitische Frage, die in der Richtung der liberalen Parteianschauung liegt.

Daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften auch wirklich mit diesen Parteien verschwistert sind, geht u. a. hervor, aus einem Artikel, den der Arbeitersekretär L. Bleicher in der Nr. 287 (2. Beilage) des Rottbuser Anzeigers veröffentlicht. Da heißt es:

„Die deutschen Gewerkschaften endlich, die der liberalen Weltanschauung zuneigen, haben dagegen bisher bei den liberalen Parteien nicht die Beachtung gefunden, die notwendig wäre. Die liberalen Parteien sehen, wie die Gewerkschaften, auf dem Boden, daß die Gewerkschaftsbewegung parteipolitisch unabhängig sein soll. Die Frage dürfte aber erörtert werden können, ob mit dem Festhalten an dieser Anschauung etwas praktisches erreicht wird, da, wie wir sehen, die Partei und Gewerkschaftsorganisationen von rechts und von links mit Erfolg einen anderen Weg marschieren sind. Der Liberalismus würde mit einer schärferen Föhlungsnahme und Unterstützung der deutschen Gewerkschaften durch die Presse einen Weg einschlagen, der für beide Teile von Vorteil wäre und der deutschen Arbeiterbewegung mit der Zeit ein anderes Gepräge geben würde, jedenfalls aber die nichtsozialdemokratischen, freilichlich gemeinten Arbeiter nicht in die sozialdemokratische Bewegung hineindrängen würde, sondern eher von dieser Bahn abzulenken in der Lage wäre.“

Es ist wirklich ganz unnütz, die Frage aufzuwerfen, ob die H.-D. Gewerkschaften an der parteipolitischen Neutralität festhalten und nicht ganz und gar in das linksliberale Parteilager einschwenken sollten, unnütz deshalb, weil die Gewerkschaften diese Neutralität niemals befehen haben. Ihr Vater war die Fortschrittspartei, deren brave Kinder sind sie stets gewesen.

Wenn Ausländer bei deutschen Genossen in die Schule gehen. Auf dem im November tagenden Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes („American federation of labor“) erstattete der erste Vizepräsident des Bundes, James Duncan, Bericht über seine Tätigkeit und seine Beobachtungen als Delegierter zu der in Budapest abgehaltenen internationalen Gewerkschaftskonferenz. Dabei berichtete James Duncan nach der „Leipz. Volkszeitung“ (Nr. 284 vom 6. Dez. 1911) folgendes über die deutschen christlichen Gewerkschaften:

„Im Deutschen Reich wie in andern Staaten des europäischen Festlands gibt es sogen. Arbeiterorganisationen, die sich den Namen christliche Gewerkschaften beilegen. Zum Glück sind sie numerisch schwach. Sie werden, soweit ich zu beurteilen vermag, von dem Klerus großgepöbelt. Die Beiträge sind gering; sie machen ungefähr ein Fünftel dessen aus, was die Mitglieder der (freien) Anmerkung des Korrespondenten) Gewerkschaften zu bezahlen haben.“

Unbestrittenermaßen nimmt diese Gesellschaft (d. h. die christlichen Gewerkschaften) je nach den Weisungen der Geistlichkeit an den im Interesse der Arbeiterschaft geföhrten Kämpfen Teil oder hält sich von denselben fern. Das ist schon arg genug, aber noch schlimmer ist der Umstand, daß sich die Christlichen zu Streikbrechern hergeben, wenn der sie beherrschende Klerus es gebietet, weil er die Ziele der fraglichen Arbeiterbewegung mißbilligt.“

Diesen kompletten Uninn darf man Mister Duncan nicht krumm nehmen; er hat's nicht besser gewußt. Es ist einfach eine bodenlos gemeine Verleumdung der deutschen Genossen, die der Amerikaner hier als Wahrheit wiedergibt. Grade so haben es die Treiber des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes gemacht, als sie auf dem internationalen Textilarbeiterkongreß in Zürich 1902 die christlichen Gewerkschaften bei den englischen Delegierten verdächtigt, jedoch die Vertreter unserer Bewegung von dem Kongreß ausgeschlossen wurden. Der ganze Haß der sozialdemokratischen Gewerkschaftsföhrer gegen unsere Bewegung offenbart sich in dieser bodenlosen Lügenhaftigkeit.

Die Geister, die sie riefen. Unter viel Lärm und Spektakel, unter großem Aufwand von Phrasen und radikalen Schlagwörtern leitete der sozialdemokratische Metallarbeiterverband unter den Formern in Berlin eine Bewegung ein. Es kam zum Streik. Der Streik föhrte zur Aussperrung. Da kniete der Verband, der sich vor der Verantwortlichkeit immer gerne prophenhaft wichtig tut mit seiner angeblichen Stärke, zusammen. Zu der Kette zahlreicher erfolgloser Bewegungen dieses Kolosses auf sehr schwachen Füßen fügte sich ein weiteres Glied an. Mut und Empörung faßte die Berliner Formern. Unser Bruderorgan, der „Deutsche Metallarbeiter“ (Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes), bringt in seiner Nr. 50 vom 16. Dezember den Brief eines Augenzeugen, worin die Austritte geschildert wurden, die in der entscheidenden Versammlung den Beamten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes geboten wurden. Es heißt da:

„Die Niederlage der Berliner Formern — bei Nichtbefehen — ist fertig. Offiziell wird man das ja nicht zugestehen, weil ein Verhandlungsergebnis vorliegt. In Wahrheit ist nichts dabei herausgekommen. Von 2543 stimmten 1817 für Weiterstreiken und 712 für Aufnahme der Arbeit. Formell ist demnach die Sache erledigt, aber ein furchtbares Drama setzte nach Bekanntgabe des Resultats ein. So etwas habe ich noch nicht erlebt. Die Masse schrie: „Pfui, Verräter, Lumpen, die Mitgliedsbücher müssen zerrissen werden.“ Eine Söge wurde auf den Tisch vor Cohen hingelegt. Cohen wollte noch etwas sagen, aber das ging nicht mehr. Er wollte dann die Vertrauensmänner noch zu einer Besprechung zwecks der Arbeitsaufnahme zurückhalten, aber die Masse war dagegen. Sie entfernte sich nicht aus dem Saal und Cohen wollte dann in einen kleineren Saal gehen. Er verschwand hinter dem Vorhang. Dann ging die Masse nach und erpöchte ihn mit anderen Beamten in einem kleineren Saal.“

Die Glasüre wurde aufgerissen, Fensterscheiben klirren und nun stürmte alles auf Cohen ein. „Schuft“, „Lump“, „Verräter“, „Lügner“ und weiß Gott nicht die Ausdröcke, die fielen. Cohen war bleich und blau. Er sah aus wie eine Leiche. Die Beamten der anderen roten Verbände hatten ihn schüßend zwischen sich genommen. Wiederholt wollte er durch eine Glasüre flüchten, aber vergebens, die Tür war zu. Er mußte heraus, wo er auch hineingekommen war. Auf dem Hof hatten sie ihn wieder zwischen. „Gaut ihm den Schädell ein, diesem Verräter!“ schallte es

aus dem Kreis. Der Branchenvertreter Sellrig schlich sich wie ein begoffener Pudel an der Gebäudemauer entlang, und Verwünschungen und Beschimpfungen folgten ihm. Cohen suchte dann noch den Rest der Vertrauensleute zu einer Besprechung zu bewegen. Aber diese rissen ihre Vertrauensmännerkarte kaputt und sagten: „Wenn du etwas von uns willst, dann komme zu uns.“ Als Cohen sich von 2-4 Uhr im Hintergrund gehalten hatte und die wütende Masse abgezogen war, traute er sich auch aus dem Lokal. Die Zügel schleppten am Boden. Gewiß, die Formner können nichts mehr machen, aber gespannt bin ich, wie das Ding noch enden wird. — Ein Flugblatt der Anarchos wurde auch verteilt. . . . Alles hat Cohen nun versucht, abzulernen, aber es zog nichts. . . .

Das sind traurige Vorkommnisse, die den gewerkschaftlichen Kredit und das gewerkschaftliche Ansehen außerordentlich herabmindern. Beim „deutschen“ Metallarbeiterverbande sind sie aber nicht eine Ausnahme, sondern die Regel geworden beim Abschluß größerer Kämpfe. Dieser „Riesenverband“ mit rund 450 000 Mitgliedern ist innerlich hohl und faul bis tief in den Grund hinein. Finanziell steht der „Riese“ auf sehr schwachen Füßen und auf seine Mitglieder ist kein Verlaß, weil es ihnen an der notwendigen gewerkschaftlichen Zucht fehlt. Wie der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat die ganze sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung die Erziehung der Mitglieder zu ruhigem, zielklarem Denken vernachlässigt; sie wurden förmlich betrunken gemacht von Phrasen, und in wüstem Geschimpfe aufgehetzt gegen alles, was sich nicht zum Sozialismus bekennt. Dieser Geist in den sozialdemokratischen Gewerkschaften wird früher oder später Sprengpulver für sie sein.

Die Auseinandersetzungen im Buchdruckgewerbe, die sich an die Erneuerung der Tarifgemeinschaft wegen der Ausschaltung des Gutenbergbundes geknüpft haben, wollen kein Ende nehmen. Im Reichstag war den sozialistischen Verbändlern vom Abg. Kollegen Beder-Arnberg ihr Terrorismus vorgehalten worden, mit besonderer Bezugnahme auf die Zustände in der Reichsdruckerei. Flugs versammelten sich die kritisierten Buchdruckerengenossen, entrüsteten sich vorchriftsgemäß und sendten Beder eine Resolution, worin alles einfach abgeleugnet, und strikte verlangt wird, nun müsse Beder seine Behauptungen zurücknehmen. Jedenfalls ein einfaches Verfahren und mehr wie naives Verhalten, dem der Kollege Beder in der Reichstagsführung vom 30. November die gebührende Abfuhr zuteil werden ließ, ungeachtet dessen, daß sich der sozialdemokratische Abg. Hoch zum Anwalt der roten Verbändler aufwarf und so mächtig gegen Beder ins Zeug ging, daß ein Ordnungsruf für ihn abfiel.

Weil nun Kollege Beder es ablehnte, den sozialdemokratischen Phrasen den Willen zu tun und ihnen ihre engelweife Unschuld von der Reichstagstribüne zu attestieren, wird er vom „Korrespondent“, dem Organ des sozialdemokratischen Verbandes (Nr. 140, 1911) in der gehässigsten Weise persönlich beschimpft. Hier Spalten hat das Heblat mit schmutzigen Phrasen und persönlichen Schmähungen — „vorlauten Schneiderlein“, „das tapfere Schneiderlein von Arnberg“ wird Beder z. B. tituliert — gegen christliche Arbeiterführer geführt. Als ob mit persönlichen Verunglimpfungen Tatsachen aus der Welt zu schaffen wären! Das sozialdemokratische Buchdruckerorgan ist mit seiner Polemik gegen die christliche Arbeiterbewegung auf einer unglaublich niedrigen Stufe angelangt.

In dem Abwehrkampf der christlichen Arbeiterbewegung gegen die Alleinherrschaft des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes in den Tarifkämpfen erneuert der „Korrespondent“ (Nr. 140, 1911) einen alten Trick und versucht die Prinzipale gegen den Gutenbergbund scharf zu machen, indem er letzteren als abhängig und nicht neutral verdächtigt, was den Voraussetzungen des Haftungsvertrages und Grundrissen der Tarifgemeinschaft widerspricht. Die Prinzipalsorganisation müsse deshalb dem Gutenbergbund ein Entweder — Oder stellen.

Das magt das Organ eines Verbandes, dessen Abhängigkeit von der sozialdemokratischen Partei vor aller Welt offen liegt, dessen Neutralitätsbehauptungen nachweisbar nur eine grobe Fressführung der öffentlichen Meinung sind. Infolge seiner Zugehörigkeit zur Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften muß sich der angeblich „unabhängige“ Buchdruckerverband von der genannten Einrichtung, von den „freien“ Gewerkschaftskongressen, sogar von den sozialdemokratischen Parteitagungen und internationalen Sozialistkongressen in seine Angelegenheiten hineinregieren und Vorschriften machen lassen. Die Abhängigkeit des Buchdruckerverbandes hat sich drastisch gezeigt beim Scherlockfall im vergangenen Sommer, wo die Zurückweisung der Tarifvereinbarungen Kritik sozialdemokratischer Parteiblätter vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei unterdrückt wurde, lediglich aus Gründen des Parteiinteresses, wie das „Korrespondenzblatt“ nachher selbst eingestehen mußte. Und eine Organisation, die so an Händen und Füßen gebunden und ihre Selbständigkeit aus Gründen des Parteiinteresses preisgeben muß wie der sozialdemokratische Buchdruckerverband, die will den Gutenbergbund als abhängig kanzeln, um ihm noch größere Schwierigkeiten in der Tarifgemeinschaft zu machen. Mit solchen Mitteln wird der Verband seine Alleinherrschaft auf keinen Fall zu halten vermögen.

Nach einem Schache willst du streben?
Auf jeder Stätte ist der rechte Platz:
Such aus dem Dunkel deinen Geist zu heben,
Und sicher hebst du einen Schatz.

Aus unserer Industrie.

Niederrheinisches Seidengewerbe.

Ueber die Lage desselben wird von einem fachmännischen Mitarbeiter der „Rheinischen Volkszeitung“ unterm 11. Dez. 1911 nachstehendes geschrieben:

„Wiewohl in den letzten Wochen die Kauflust am Rohseidenmarkte nachgelassen hat, haben dennoch die Preise für fertige Seide nicht aufgehört, sich nach oben zu bewegen. Der Wonn, unter dem namentlich die italienischen Spinner während des Sommers und später infolge des Krieges mit der Türkei gestanden haben, scheint gebrochen; denn seit den ersten Tagen des Monats November hat die Stimmung bei ihnen sich beständig gebessert. Allerdings hat diese Stimmung sich nicht auf die französischen und levantinischen Rohseidenhersteller ausgedehnt. Die Erzeugnisse der letzteren insbesondere sind dadurch gegenüber anderen wettbewerben in eine schwierige Lage gebracht worden, daß die italienische Regierung am 26. November einen Einfuhrzoll von 2 1/2 Lire auf das Kilogramm gelegt hat, welcher der Preishaltung auf dem Weltmarkte ebenso nachteilig ist, wie italienische Gegenborteil daraus ziehen. Andererseits ist Japanseide, gegen deren Wettbewerb die italienischen Spinner seit der letzten Ernte in der alten wie in der neuen Welt monatelang zu kämpfen gehabt, an der Quelle seit Wochen im Anziehen begriffen und nunmehr ebenso eine Stütze für die Ansprüche der italienischen Spinner wie vordem ein Hindernis.“

Auf dem Fokemmarkte hat die veränderte Lage des Rohseidenmarktes ein Echo bisheran nicht gehabt, vielmehr sind die Umsätze geringfügig und die Preise eher nachgiebig, namentlich die der levantinischen und mittelasiatischen Ware leiden unter dringendem Angebot der Besizer.

Im Verkehr mit ostasiatischen Seiden war das bemerkenswerteste in der vergangenen Woche das erneute Anziehen der Forderungen in Yokohama um 10—15 Yen (1/2—3/4 Franken) gewesen. Dieser Umstand hat nunmehr auch in Europa die Preise für Japan-Filaturen in der Richtung nach oben gebracht, allerdings nicht ohne Verringerung der Umsätze. Zuletzt bezahlte man für Filature 9/11 Frs. 42 1/2, für 10/12 Frs. 41 1/2—41 3/4, für 11/13 Frs. 40 1/2—41, für 13/15 Frs. 38 1/2—39. Der Markt für chinesische Sorten steht einflusslos noch abseits; namentlich Kanton-Filaturen haben gegenwärtig die Folgen davon zu tragen, daß der Verbrauch sich von ihnen anlässlich der hohen Forderungen nach der letzten Ernte abgewendet hat. Von Schanghaiseide ist die beste und schönste Ware gut verteidigt; geringere wird jedoch billiger angeboten.

Im Seidenwarenmarkte ist das Geschäft während der letzten acht Tage nicht mehr so ganz unbefriedigend gewesen, wie um die jüngste Monatswende. Die meistens trübe Witterung kann trotz allem Nachteil, der manchen Artikeln daraus erwächst, daß die Nachfrage sich nicht zur richtigen Zeit eingestellt hat und andauernd schlappend bleibt, dennoch den Verbrauch nicht ganz ausschalten. Dieser machte sich jüngst an vielen Stellen geltend und verspricht, wenn die Anzeichen nicht trügen, in das den Kleinverkäufers so nötige Weihnachtsgeschäft hinüber zu reichen. Auch für den Bedarf im Winter wird allmählich nachdrücklicher gesorgt, wie aus den häufigen Bestellungen schwerer Futterstoffe für Ueberzieher hervorgeht, kurz, der Lageverkehr hat in der verfloßenen Woche ein ganz anderes Gepräge gehabt als vorher. Hand in Hand damit geht Vermehrung der dem Webstoffgewerbe vorhandenen Beschäftigung durch häufigere Bestellungen für den Bedarf im Frühjahr, an denen alle Zweige mehr oder minder Anteil haben. Trotz des Ausstandes im Berliner Mäntelgewerbe werden vor diesem Auftrage mit kurzen Lieferfristen heute bereitwilliger erteilt, da sich gezeigt hat, daß die Mode im Frühjahr auf diesem Gebiete wesentlich andere Wege als bisher doch nicht einschlagen wird. Die bevorzugten Artikel sind Doppelgewebe, weiche Duchesse und Beau de Soie.

Auf Kleiderstoffe werden Bestellungen einfließen noch sehr vorzüglich gehen. Die Mehrzahl der Händler beschränkt sich darauf, nach der Lageraufnahme etwaige Lücken in den Beständen auszufüllen, wobei vorläufig die glatten Arten am meisten bedacht werden. Neuheiten zieht man wohl in Betracht; doch sind die Erfahrungen, welche man damit im letzten Halbjahr gemacht hat, nicht derartig gewesen, daß sie ein weniger vorzügliches Verhalten dieserhalb, als während einer Reihe von Jahren, als ratsam erscheinen lassen. Zumal für die in den Markt gebrachten mehrfarbigen, großgemusterten Damastgewebe hat sich die Damenwelt nicht sehr erwärmt; die daraus sich ergebende Tatsache ist, daß die Kleiderstoffmode gemusterte Arten noch in zu lebhafter Erinnerung hat, um für deren baldige Wiederannahme geneigt zu sein. An weniger ausgeprägten Neuheiten; Schotterkaros, Streifen, im Gewebe oder in der Kette bedruckten Taffeten u. dergl. wird ebenfalls einweisen nicht mit Vertrauen heranzugehen, sondern nur mehr „genächt“. Größere Zuvorfahrt setzt man im allgemeinen in die Verlässlichkeit des Taffet, dem in Modeberichten hin und wieder eine ähnliche Gasse der Mode wie dem Sammet in den beiden letzten Jahren verhergejagt wird. Zweifellos haben Taffetgewebe die Stellung, welche sie in der Mode vor nicht langer Zeit gehabt, aber ganz und gar eingebüßt hatten, in diesem Frühjahr in gewissem Maße wieder gewonnen, dadurch, daß sie in vielen Ausführungen, ohne jede Beschönigung beim Färben der Seide und mit weicher, schmieglamer Ausprägung in den Markt gebracht worden sind. Diese Arten versprechen auch in der kommenden Geschäftszeit in Gunst zu bleiben. Daß aber die vor Jahren gangbare Art mit scharfem, knisterndem Griff wieder aufgenommen werde, erscheint aus mehr als einem Grunde zweifelhaft!

Soweit bis jetzt erkennbar, werden die künftigen Kleiderformen nicht allzusehr von den zuletzt beliebtesten abweichen, die wegen ihrer Eigentümlichkeit geschmeidige Gewebe notwendig machen, soll der Sitz des Kleidungsstückes gefällig sein. Auch über die Rolle, welche Sammet im Verbrauch während des Jahres 1912 spielen wird, ist man in der Geschäftswelt noch nicht einig. Von einigen Seiten wird der Artikel als „passé“ bezeichnet, vermutlich, weil die augenblickliche Nachfrage im Abnehmen ist. Jedoch gibt es auch Geschäftsleute, welche für das Jahr 1912 eine noch „tollere“ Sammetmode als im Jahre 1911 für wahrscheinlich halten.“

Lage und Ausichten in der deutschen Konfektionsindustrie.

Wie in einzelnen Branchen der Textilindustrie so hat sich auch in der eng verwandten Konfektionsindustrie der Geschäftsgang in den letzten Monaten gebessert. Man hatte allgemein befürchtet, daß die durch die große Dürre des Sommers eingetretene Teuerung hemmend auf den Konsum von Arbeiterkonfektion einwirken würde. Wenn auch im September und Oktober, als die Wintervorräte gekauft werden mußten, sich der Verkauf in den Detailgeschäften weniger gut anließ, so hat sich dies durch größeren Umsatz in diesen Artikeln im November etwas wieder ausgeglichen. Die Kleiderfabriken sind denn auch mit den bisher erzielten Resultaten der Reisetätigkeit durchgängig zufrieden. Besonders im November, als Rohbaumwolle einen so niedrigen Stand erreichte, daß man bei Eindeckung des gesamten Bedarfs in Baumwollkonfektion kein Risiko erblickte, wurde seitens der Detailkundschaft stark gekauft.

In der Buchstinkonfektion waren die Abschlüsse aber nicht so umfangreich, meistens wurde nur der nächste Bedarf gedeckt. Die vielfach noch unlohnenden Preisverhältnisse, über die schon seit geraumer Zeit geklagt wird, und die ihren Ursprung in dem zu starken Angebot haben, sind bisher unverändert bestehen geblieben. Das Geschäft in Winterartikeln hat bisher ziemlich allgemein befriedigt und kommt dies auch in zahlreichen Nachbestellungen aller Stapelartikel zum Ausdruck. In Frühjahr- und Sommerartikeln ist schon ziemlich viel bestellt worden, da infolge des anhaltend heißen Sommers bei der Detailkundschaft alles geräumt worden ist. Man beginnt jetzt allgemein mit der Herstellung der Frühjahrsartikel, jedoch wird im Dezember eingeschränkt gearbeitet, da für die meisten Betriebe der Monat Dezember die Bilanzzeit ist. Die Ausichten für später sind in dieser Branche nicht ungünstig, zumal da der Konsum von Arbeiterkonfektion stetig zunimmt und auch die Lage der Großindustrie eine kleine Besserung erfahren hat.

In der Herrenkonfektion liegen die Verhältnisse ähnlich und übereinstimmend lauten die Berichte dahin, daß auch die Reiseresultate bis jetzt befriedigten, wenn auch die Aufträge nicht den Umfang des Vorjahres erreichten. Die Witterung ist bisher dem Verkauf von Winterartikeln noch ziemlich förderlich gewesen. Hätte die vor einigen Wochen einsetzende Kälte angehalten, so würde sich der Verkauf lebhafter gestaltet haben. In Frühjahr- und Sommerartikeln hätten die Aufträge etwas reichlicher eingehen können. Die Kundschaft beobachtet, da in den verfloßenen Monaten die Woll- und Kammszugmärkte stillen Verlauf nahmen, etwas Zurückhaltung.

Verband deutscher Leinenindustrieller.

In der diesjährigen Hauptversammlung des Verbandes deutscher Leinenindustrieller wurde die Frage der Hebung des Flachsbauens und die Förderung der Flachszubereitung in Deutschland besprochen.

Der Berichterstatter Prof. Stolzenburg (Sorau) gab in längerer Ausführung eine Darlegung darüber, welches Interesse die deutsche Leinenindustrie an der Wiederbelebung des Flachsbauens hatte, welche Mittel und Wege zu Gebote ständen und was der Verband deutscher Leinen-Industrieller dazu tun könne, um diesen Bestrebungen den nötigen Rückhalt zu gewähren. Auch von landwirtschaftlicher Seite wurde auf die Bedeutung der Angelegenheit hingewiesen, und die Geneigtheit der landwirtschaftlichen Kreise, auch ihrerseits zur Förderung des Flachsbauens in Deutschland mitzuwirken, dargetan. Die weiteren Verhandlungen der Sache sollen durch eine Kommission geschehen.

Ueber die russische Flachsernte und die Entwicklung des Flachsmarktes gab D. Kühnemann (Stettin) längere Darlegungen, aus denen zu entnehmen ist, daß die exorbitant hohen Flachspreise, die in diesem Jahre bestanden hätten, wohl kaum in der Weise weiter bestehen würden. Der Berichterstatter über die Lage der Flachsspinnerei, Direktor Ziemann (Wiesfeld), äußerte sich betreffs des Flachsmarktes in ähnlichem Sinne. Für die Spinner selbst wäre das Jahr 1911 dadurch verhängnisvoll gewesen, daß die Verbraucher seit 40—50 Jahren wohl nie mit so hohen Flachspreisen zu kämpfen gehabt hätten; allerdings seien die Preise in der letzten Zeit ermäßigt, und wenn auch ein weiterer erheblicher Rückgang der Notierungen für Flachs kaum zu erwarten wäre, so dürfte man doch für die nächste Zukunft mit normalen Verhältnissen rechnen.

Für die Leinwandweberei, soweit die Damast- und Tischzeug-Weberei in Betracht kommt, berichtete Kommerzienrat Pincus (Neustadt). Diese Branche hätte sich in 1911 eines normalen Geschäftsganges erfreut, nur das Geschäft mit Amerika sei mit großen Schwierigkeiten verknüpft gewesen. Es ließe zu erwarten, daß, wenn das Wirtschaftslieben nicht durch politische Vorgänge ungünstig beeinflusst würde, auch für diesen Zweig das kommende Jahr besser sein würde.

Auch der Berichterstatter aus der Rohleinen-Weberei, Otto Wolf (Stadlosendorf), konnte von einem normalen Geschäftsgang in diesem Jahre berichten, während als Vertreter der Spinnerei-Industrie Dr. Wolff (Kassel) die Lage seines Geschäftszweiges nicht als sehr günstig beurteilt. In der letzten Zeit hätten sich aber auch hier die Aussichten wesentlich gebessert. Der Bericht über die Lage der Hanf-Industrie wurde von Kommerzienrat Probst (Frimmenstadt) und Direktor Heymann (Köln) gegeben, die beide in Uebereinstimmung das Jahr 1911 für das denkwürdigste für ihren Geschäftszweig bezeichnen zu müssen glaubten, da es den schon lange ersehnten Zusammenschluß in der deutschen Hanf-Industrie gebracht hätte, unter dem allein eine Gesundung der Verhältnisse möglich sein würde. Aus der Rute-Industrie wurde der Bericht durch Direktor Hagemann erteilt, der auch seinerseits den Verlauf des Geschäftsjahres für die von ihm vertretene Industrie als kaum günstig hinstellte.

Amerikanische Baumwoll-Ernte 1911.

Nach den jetzt bekannt werdenden näheren Angaben des am 8. d. M. veröffentlichten Censusberichts zum 30. November d. J. verteilt sich die bis dahin entkörnte Baumwollmenge im Vergleich zu den Vorjahren wie folgt:

Illan-Staaten	5988000	4394000	4181000	4580000	3828000
Golf-Staaten	2297000	2121000	1977000	2805000	2067000
Oklahoma	784000	829000	506000	431000	599000
Texas	8746000	2795000	2213000	3193000	1840000
Insgesamt	12815000	10139000	8877000	11009000	8343000

Im Vergleich zu dem letzten Rekordjahre 1908 ist die in den Golf-Staaten bis jetzt entkörnte Menge um 508000 Ballen kleiner, während die Entkörnung in den atlantischen Staaten um 1408000 B., in Texas um 553000 B. und in Oklahoma um 353000 B. größer ist als 1908. Auch im Vergleich zum Vorjahr ist die bis jetzt entkörnte Menge in den oben aufgeführten Anbaugebieten größer mit Ausnahme von Oklahoma, wo sie gegen das Vorjahr um 45000 B. zurückgeht. Im Rekordjahr 1908 wurden vom 1. Dezember bis zum Schluß der Entkörnung noch 2423000 B. entkörnt, würde man nun angesichts der Tatsache, daß, wie das Chronicle in seinem letzten Wochenbericht meldet, abgesehen von einigen Sektionen, wo die Pflückarbeit beendet ist, anderswo noch viel zu pflücken bleibt, annehmen, daß auch in diesem Jahre noch 2400000 B. zu entkörnen seien, so würde man auf eine Gesamternte von rund 15 1/2 Mill. Ballen kommen. Vorausssetzung hierfür wäre allerdings, daß das Wetter zum Pflücken günstig bleibe.

Ausfuhrbeschränkungen der russischen Textil-Industriellen.

Nachdem unlängst von Seiten der russischen Textil-Industriellen der Versuch gemacht wurde, ihre Absatzgebiete nach den Balkanstaaten zu erweitern, lenkt jetzt, wie russische Blätter melden, die Moskauer Export-Gesellschaft die Aufmerksamkeit der Textilfabrikanten auf Argentinien. Sie weist darauf hin, daß die argentinische Textilindustrie vollständig unentwickelt sei, und daß gerade dieses Land eine sehr bedeutende Nachfrage nach Textil-erzeugnissen stellt. Im übrigen werden die importierten Waren außerordentlich hoch bezahlt; ganz besonders sei Gelegenheit, Baumwollserzeugnisse nach Argentinien zu exportieren, aber auch leinene, wollene und halbwoollene Gewebe kommen für die Ausfuhr nach dort in Betracht. Die russische Export-Gesellschaft fordert, um die Ausfuhr nach Argentinien zu ermöglichen, eine Erhöhung der Zollrückvergütung für Baumwollgewebe, die Festsetzung eines Zolles für Tuchwaren, die mehr als ein Pfund wiegen und den Umfang von zwei Quadratarchen übersteigen, ebenso die Festsetzung einer Zollrückvergütung für halbwoollene Waren und für Besätze und Kleider.

Man darf auf den Erfolg dieser Aktion gespannt sein. Wir sehen hier ein allmählich zur Industrie übergehendes Land Anstrengungen machen, einen ausländischen Markt zu erobern. Der Staat bringt die großen Opfer in Form von Zollrückvergütungen. So erwächst unserer deutschen Textilindustrie eine Konkurrenz mehr, eine Konkurrenz, die auf Hungerlöhnen und Elendsverhältnissen der Textilarbeiter des Landes beruht. Und da wollen unsere deutschen Sozialdemokraten noch Freihandel.

Aus dem Verbandsgebiete.

Zur gest. Beachtung!

Die Arbeitslosen-Berichterstatter in den einzelnen Ortsgruppen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Samstag, den 30. Dez., das vierte Quartal 1911 zu Ende geht. Die Berichtskarten (gelbe Quartalskarten) sind spätestens vier Tage nach Schluß des Quartals, also am 3. Januar 1912, an die Zentrale einzufenden.

Die Ortsgruppenvorstände werden dringend gebeten, ihrerseits dahin zu wirken, daß die Berichtserstattung zur richtigen Zeit und bestimmt erfolgt.

Mit kollegialem Gruß

Die Zentrale.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Forst i. S. Am 5. Dezember fand im Lokale „Zum Prälaken“ unsere Mitgliederversammlung statt. Kollege Fehnder erstattete den Kassenbericht, welcher bis zu dieser Versammlung zurückgeführt worden war. Aus demselben ist besonders hervorzuheben, daß unsere Mitgliederzahl im dritten Quartal sich um 22 erhöht hat. Kollege Fehnder hielt ferner ein Referat über „Die Lage der Textilarbeiter in der Niederlausitz“. Der Referent verhandelt, den Anwesenden ihre Lage klar vor Augen zu führen, indem er die hiesigen Verhältnisse mit denjenigen anderer Bezirke verglich, wo unser christlicher Textilarbeiterverband seit Jahren darnach gestrebt hat und es ihm auch gelungen ist, die Lage der Textilarbeiter zu verbessern. Er schilderte besonders eingehend, wie die Arbeitgeber es verstanden haben, sich zusammenzuschließen, um ihre Interessen zu fördern. Das muß den hiesigen Textilarbeitern die Augen öffnen. Sie müssen sich bemühen, wie die Arbeitgeber es verstanden haben, die Lage verbessern, wollen sie bei der Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Wort mitzureden haben, sie sich unverzüglich dem christlichen Textilarbeiterverband anschließen müssen. Schließlich ging Redner auf die Leistungen unseres Verbandes näher ein und zog einen Vergleich mit den Leistungen der übrigen Verbände. Die Gegenüberstellung ergab, daß die Unterstellungen unseres Verbandes bedeutend höher sind, als diejenigen anderer Organisationen. Zum Schluß freiste Redner noch unsere Winteragitation und forderte sämtliche Anwesenden auf, recht kräftig unsere Agitationskommission zu unterstützen und sich alle ohne Ausnahme in den Dienst der guten Sache zu stellen. Der Beifall, sowie die nachfolgende Diskussion bewiesen, daß der Redner allen aus dem Herzen gesprochen hatte und daß alle gewillt sind, das Ihrige dazu beizutragen, damit die Ortsgruppe Forst immer mehr an Mitgliedern zunehme. Besonders freudig begrüßt wurde die Mitteilung, daß auch in diesem Quartal wieder eine schöne Anzahl Neuaufnahmen schon zu verzeichnen sind. Dann wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Der bisherige erste Vorsitzende legte sein Amt aus Gesundheitsrücksichten nieder. So wurde an dessen Stelle Kollege Paul Walzer gewählt, welcher versprach, alles zu tun, was in seinen Kräften steht, um den Verband den ersten 50000 entgegen zu führen. Zu weiteren Vorstandsmitgliedern wurden die Kollegen Hermann Zernikow, Adolf Hornig, Joseph Schneider, Max Geyper jr., Frau Preuß, Frau Laubich und Wilhelm Fehnder gewählt. Als Revisoren wurden bestimmt Kollege Emil Wilhelm, Hermann Pefke und die Kollegin Ida Wahnberger.

Dann wurde noch bekannt gegeben, daß am 24. Februar 1912 unser 10-jähriges Stiftungsfest im „Grand Hotel“ gefeiert werden soll. — Nachdem noch der ausgesperrten Kollegen vom Tabakarbeiterverbande gedacht worden war und die Anwesenden aufgefordert waren, die ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen recht kräftig zu unterstützen, wurde die schön verlaufene Versammlung geschlossen.

Gebweiler (O. Ob.) In unserem Orte ist das christliche Gewerkschaftskartell dazu übergegangen, für diesen Winter zur Schulung seiner Mitglieder zum erstenmal einen Unterrichtskursus abzuhalten. In einer der letzten Kartellversammlungen wurde nach einem Vortrage des Gewerkschaftssekretärs Bilger-Mühlhausen über Zweck und Ziele der Unterrichtskurse beschlossen, den Kursus nach folgendem Programm vorzunehmen:

1. Vortrag: Versammlungsrecht und Versammlungstechnik. (Referent: Bilger-Mühlhausen.)
2. Vortrag: Materialsammlung und Vortragstechnik. (Referent: Bilger-Mühlhausen.)
3. Vortrag: Ursache und Entstehung der Gewerkschaften und ihre Aufgaben. (Referent: Köhling-Sträßburg.)
4. Vortrag: Entwicklung und Charakter der freien Gewerkschaften. (Referent: Heinrich-Mühlhausen.)
5. Vortrag: Christliche Gewerkschaften, ihr Wesen und ihr Charakter. (Referent: Siepler-Mühlhausen.)
6. Vortrag: Tarifverträge, ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft. (Referent: Heinrich-Mühlhausen.)
7. Vortrag: Jugendorganisationen. (Referent: Simons-Mühlhausen.)
8. Vortrag: Der Sozialismus, sein Wesen und seine Ziele. (Referent: Köhling-Sträßburg.)
9. Vortrag: Das Steuerwesen in Staat und Kommune. (Referent: Schmidt-Freiburg.)

Am 18. Dezember fand bereits der zweite Unterrichtsabend statt und wird der Kursus von da ab alle 14 Tage jeweils Montags abends punkt 8 Uhr im Jünglingsvereinslokal abgehalten werden.

Unsere Verbandsmitglieder mögen sich nun hieran auch recht zahlreich und eifrig beteiligen. Der Erfolg dieser Einrichtung wird dann auch nicht ausbleiben.

Gronau. „Christlich-zentrumspolitisch-reaktionäre Arbeiterführer an der Wahl- und anderer Arb.-it, oder die sittliche Verkümpfung christlicher Agitationsmethoden im Münsterlande.“ Diese „großartige“ Ueberschrift ziert einen Artikel in Nr. 47 er. des sozialdemokratischen „Textilarbeiters“. Der Verfasser hätte einen Preis verdient. Wir waren gespannt, was für „herrliche“ Gedanken in dem Artikel entwickelt würden. Man durfte mit Recht, entsprechend der Ueberschrift, „großzügige Darlegungen, vernichtende Anklagen und Beweise“ erwarten. Aber nichts von alledem.

„Die Beamten des christlichen Textilarbeiterverbandes gerieren sich jetzt nur noch als Agitatoren reaktionärer Parteien, besonders des Zentrums“, so schimpft der Verfasser der famosen Ueberschrift wie ein Rohrspatz. Beweise, wo und in welcher Weise das in den Versammlungen u. unseres Verbandes geschieht oder geschehen ist, erbringt er nicht. Es ist sonst Brauch, daß, wenn man was behauptet, auch beweisen muß. Das scheint beim „Textilarbeiter“ nicht notwendig zu sein. „Statt sich um Arbeiterinteressen zu kümmern, macht man in volksfeindlicher Politik, versucht man Material zusammenzutragen, woraus Waffen geschmiedet werden sollen gegen die wirtschaftliche und politische Betätigung der Arbeiterschaft.“ Hindert die Arbeiter daran, sich mehr Licht, Brot und Freiheit zu erkämpfen, schmiedet sich bei den Fabrikanten und volksfeindlichen Parteien an! Warum das alles? Es gibt keinen anderen Grund als den: auf Kosten der Arbeiterinteressen sich politischen Einfluß und Mandate zu verschaffen.“ So der „Textilarbeiter“. Ohne näher auf diese haltlosen und phrasenhaften Verdächtigungen einzugehen, wollen wir dem Verfasser doch verraten, daß wir in punkto Arbeiterinteressenvertretung es mit den „Noten“, speziell im Münsterlande, sehr gut aufnehmen können. Wir könnten hier etwas deutlicher werden, sparen uns dieses aber vorläufig. Bei den „Genossen“ scheinen wir dann die

Arbeiterinteressen zu vertreten, wenn wir unseren Mitgliefern und sonst in den Versammlungen Aufklärung geben über das Wesen der sozialdemokratischen Gewerkschaften und ihre alles Maß übersteigende Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften und ihre Vasallendienste, die sie der sozialdemokratischen Partei zum Schaden der Arbeiterwelt leisten, kennzeichnen. Davon werden wir uns auch durch das Geschrei der „Noten“ nicht abhalten lassen. Der „Textilarbeiter“ führt dann noch, um zu illustrieren, wie die „Kampfmethode“ des christlichen Textilarbeiterverbandes auf den Hund gekommen sind“, eine öffentliche Versammlung unseres Verbandes in Ochtrup an. Es ist wirklich interessant, ja geradezu impertinent, um mit dem Verfasser zu reden, nachträglich über die Kampfmethode der Christlichen zu schimpfen, während in der Versammlung in Ochtrup die anwesenden Beamten des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes sich in Schweigen hüllten, trotzdem ihnen die Diskussion freigegeben war.

Was ferner das wüste Geschimpfe des „Textilarbeiters“ über die schlechten Verhältnisse im Münsterlande angeht, so bemerken wir dazu, daß wir mit dem „Textilarbeiter“, der vor seiner eigenen Tür den „Dreck“ haufenweise liegen hat, darüber nicht zu reden brauchen. Unsere Mitglieder wissen, daß wir auf die Beseitigung der Mißstände ernstlich bedacht sind und in dieser Beziehung schon vieles geleistet haben. Solange der „deutsche“ Verband in seinen Domänen schlimmere Zustände nicht beseitigt, hat er kein Recht, sich aufzuregen. Für die Logik des „Textilarbeiters“ ist es auch das beste Zeugnis, daß er sich an einer Stelle darüber aufregt, daß in einem Betriebe die christliche Organisation die Mißstände mit Seelenruhe ansieht, in dem anderen Saal aber konstatiert, daß der Einfluß unserer Organisation in dem Betrieb gleich Null ist.

Die neulich vom Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften als Beweis für die niedrige Kampfesweise der sozialdemokratischen Bewegung uns gegenüber gebrachte Liste der in den Monaten von Februar bis September d. J. bestraften Sozialdemokraten, hat es ebenfalls dem „Textilarbeiter“ angetan. Man würde eine noch umfangreichere Liste herausgeben können über christliche und Zentrumsführer, sagt der „Textilarbeiter“. Nun, sozialdemokratische Pressen haben sich auch bemüht, eine solche Liste zu bringen, aber nicht, worauf es doch ankam, über Bestrafungen der Christlichen wegen strafbarer Bekämpfung der „Noten“. Nein, man ließ in das Privatleben einzelner hinein und zerle das in den gewerkschaftlichen Kampf. Das ist Sachlichkeit.

Mehr „Chre“ können wir dem mit Phrasen und schwunghaften Ausdrücken gepfeiften und funterbant durcheinander gewürfelten Artikel nicht antun. Dafür ist der Raum zu schade. Die Glanzleistung ist und bleibt die Ueberschrift. Man benutze dieselbe zu Sprachübungen.

Herbolsheim. Bezirksleiter Griesse vom Tabakarbeiterverband behandelte in einer von unserem und dem Tabakarbeiterverband einberufenen Versammlung das Thema: „Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Entstehung und ihr Verdegang“. In trefflichen Ausführungen zeigte er, warum wir uns als christlich-nationale Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften zusammenschließen. Für die Textilarbeiter sprach Kollege Wajmer. Eingangs noch einige Punkte des Vorredners herausgreifend, schilderte er in kurzen Zügen die Entwicklung des Textilarbeiterverbandes und verbreitete sich dann ausführlicher über die Agitation. An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich zahlreiche Redner. Im Schlußwort ermahnte der Redner die Kollegen zum unermüdblichen Arbeiten in der Agitation. Auch Neuaufnahmen konnten gemacht werden. Möge nun diese so schön verlaufene Versammlung dazu beitragen, daß auch die Arbeiterschaft von Herbolsheim einmal erwacht und sich organisiert.

Jüchen. Die Laueheit unserer Mitglieder zwingt uns, wieder zum Verbandsorgan unsere Zukunft zu nehmen, um sie an ihre Pflichten dem Verbands gegenüber zu erinnern. Bis vor kurzem, als ob die Kollegen sich gegenseitig überbieten wollten, waren unsere Versammlungen, wenn auch nicht vollständig, doch durchweg gut besucht. Jetzt scheint es, als ob hier mit einem Male aller Gewerkschaftsgeist entschwunden und die alte Nachlässigkeit wieder Einkehr gehalten hätte. Selbst diejenigen, die früher inmitten der Agitation gestanden und zu den ältesten und bewährtesten Kollegen unserer Ortsgruppe zählen, sind Fremde geworden in den Versammlungen. Was Wunder, wenn die jüngeren Kollegen, deren wir eine große Anzahl haben, dem Beispiel der Alten folgen und glauben ihrer Pflicht zu genügen, wenn der Wochenbeitrag entrichtet wird, alles andere aber als Nebenfache betrachten. Ist dies richtig gehandelt? Dies kann auf die Dauer nur schädigend wirken, besonders, wenn man in Betracht zieht, daß durch den schlechten Besuch der Versammlungen jede offene Aussprache verhindert wird, Mißständen und Verschlechterungen aber, durch Uneinigkeit der Kollegenschaft, ungehindert Tür und Tor geöffnet sind. Erfahrungen auf diesem Gebiet haben doch alle Jüchener Kollegen in Masse, und nur starkes Zusammenhalten kann in Zukunft Aenderung darin bringen. Ist im Frühjahr dieses Jahres eine Lohnkürzung nur infolge eines Protestes einer Versammlung rückgängig gemacht worden, sind für die Zukunft vielleicht andere Sachen, die viel schwerer uns alle betreffen können, abzuwehren. Auch sind Verbesserungen zu erkämpfen, welche Kollegen anderwärts, durch festen Zusammenschluß, längst erreicht haben. Oder sind in den hiesigen Betrieben Verhältnisse zu finden, von denen man sagen kann: „Es ist erreicht!“ Wo, wie hier, den Arbeitern bei der Forderung nach Wasser noch zugemutet werden kann, sie sollten sich in die Hände spucken, ist es wirklich an der Zeit, zu beweisen, daß der Arbeiter auch Menschenrechte hat. Vertrauensleute, seid euch eures Amtes bewußt! Nicht nur Zeitungsträger sollt ihr sein, sondern Geistessträger, sollt sein das Fundament unserer Ortsgruppe. Kollegen, nicht nur Beitragszahler sollt ihr sein, sondern überzeugte, von dem tiefen, sittlichen Werte unserer Organisation durchdrungene Mitglieder. Familienväter, besucht die Versammlungen und gebt dadurch der jüngeren Generation den Ansporn zum gewerkschaftlichen Streben. Streift ab die Menschenseu, legt als tüchtige Gewerkschaftler Zeugnis darüber ab, daß ihr das Wohl und Glück eurer Familien wollt. Sorgt für das Ausbreiten und Erstarken unserer Ortsgruppe. Besuch fleißig die Versammlungen.

Debt. Um Stellung zu der Frage: Stärkung der Zentralkasse, zu nehmen, fand am 3. Dezember eine Mitglieder-versammlung statt. Es wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: Eine weitere Erhöhung der Beiträge halten wir unter den jetzigen Verhältnissen für nicht ratsam und lehnen einen derartigen Antrag unbedingt ab, dagegen glauben wir eine Herabsetzung der Leistung der Arbeitslosenversicherung empfehlen zu können, und würden wir eventl. einem derartigen Antrag zustimmen.

Schaag. Unsere Versammlung am 10. Dezember erfreute sich eines guten Besuches. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Abrechnung vom dritten Quartal. Dann berichtete

Kollege Reinders über die Bezirkskonferenz in Krefeld. Hier sprach Lokalbeamter Stiel über die Bewegungen in unserm Verbände. Kollege Görtz aus Bregell verbreitete sich in längeren Ausführungen über die Rechte und Pflichten der Mitglieder, sowohl als Gewerkschaftler, sowie als Staatsbürger. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. An dieses Referat schloß sich eine kurze Diskussion, woran sich Kollege Stiel beteiligte und die Kollegen ermahnte, recht fleißig unsere Versammlungen zu besuchen und unser Verbandsorgan zu lesen.

Thiengen. Nun haben wir unsere eigene Ortsgruppe! Bisher waren die beiden hiesigen Nachbarorte Thiengen und Unterlauchringen in einer Ortsgruppe vereinigt. Aber im letzten Jahre verlor sich das Schwerkgewicht doch immer mehr nach Unterlauchringen zu; die Trennung der Arbeitervereine Thiengen und Unterlauchringen in zwei selbständige Vereine hat hier zweifellos auch mitgewirkt. Dazu kommt die Entfernung zwischen beiden Orten. Und ein bisschen Lokalpatriotismus ist auch vorhanden. Kurz und gut, am Donnerstag, den 7. Dez., hielten wir im „Hirschen“ in Thiengen eine Versammlung für unsere Thiengener Mitglieder ab. Kollege Rümmele aus Brach schilderte die Verhältnisse, wie sie am Orte vorhanden sind, und beantragte die Selbständigmachung der Ortsgruppe Thiengen. Dem wurde von den zahlreich erschienenen Mitgliedern zugestimmt und gleich ein Vorstand gewählt. Aus der Wahl gingen hervor, als erster Vorsitzender der Kollege August Meuler, als Schriftführerin die Kollegin Louise Fischer, als Kassiererin die Kollegin Emilie Süß, als Beisitzerinnen die Kolleginnen Frau Göttinger und Frau Fischer, als Vertrauensleute Kollege Meuler und Kollegin Marie Fehler. Alle wurden einstimmig gewählt. Unsere Versammlungen finden monatlich im „Hirschen“ statt. Mögen nun alle Mitglieder ernstlich mitarbeiten, damit unsere Ortsgruppe weiter erstarkt und wir praktische Erfolge erzielen können.

Unterlauchringen. Unsere Ortsgruppe veranstaltet ab Mitte Januar einen Unterrichtskursus, wozu sich eine ganze Anzahl Mitglieder bereits gemeldet hat. Alles nähere wird in der nächsten Versammlung noch bekannt gegeben. Auch von der Ortsgruppe Thiengen werden sich einige Mitglieder beteiligen. Durch die Selbständigmachung der Ortsgruppe Thiengen haben wir ja eine schöne Anzahl Mitglieder verloren, aber für den Verband bedeutet das keinen Verlust, sondern einen Gewinn, denn es kann nun jede der beiden Gruppen sich in der ganzen Arbeit auf ihren Ort konzentrieren. Durch die Trennung der beiden Gruppen tritt in unserem Vorstände keine Veränderung ein. Es bleiben wie bisher Kollege Siebold erster Vorsitzender, Kollege Fehle als Kassierer, Kollegin Nipke als Schriftführerin und als Beisitzer Kollege Benfarb und Kollegin Reinegger. Zwischen unseren beiden Ortsgruppen soll nun ein edler Wettbewerb eintreten, damit eine die andere in der Agitation und Werbearbeit übertrifft.

Weilersbach. In einer besonders von den Kolleginnen sehr gut besuchten Versammlung sprach Kollege Wittelind aus Bamberg über das Thema: „Die Stellung der christlichen Arbeiter zur Staatspolitik“. Kollege Wittelind betonte den neutralen Charakter der christlichen Gewerkschaften in religiösen und politischen Fragen. Diese Neutralität schließt nicht aus, daß auch die christlichen Arbeiter sich politisch betätigen sollen innerhalb der bürgerlichen Parteien. Um schrittweise vorwärts zu kommen, müssen wir versuchen, auf die Gesetzgebung Einfluß zu gewinnen, um neben den übrigen Ständen auf die Politik einzuwirken. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. So wurde die Versammlung nach Abhängen eines gemeinschaftlichen Liedes vom Kollegen Dennerlein geschlossen.

Zeit a. M. In einer sehr stark besuchten christlich-nationalen Arbeiter- und Bürgerversammlung, die im Lokale Hertbin stattfand, sprach Herr Rechtsanwalt Dr. Th. Henemann aus Bamberg über das Thema: „Das gesetzlich gewährleistete Recht der freien Vereinigung und wie die Arbeiter durch Inanspruchnahme dieses Rechtes zu einem materiellen und kulturellen Aufstieg gelangen.“ Eingangs seiner Ausführungen erläuterte Redner die Paragraphen 152 und 153 der Gewerbeordnung und betonte, daß man den Koalitionen den nötigen Rechtsschutz nicht beigegeben hätte. Scharf ging Redner mit jenen Kreisen ins Gericht, deren Bestreben neuerdings wieder darauf hinausgeht, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschneiden. Sehr unangenehm wurde es den anwesenden Sozialdemokraten, als Redner den Terrorismus der sozialdemokratischen gegen andere gestimmte Arbeiter als Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher bezeichnete. Als zweiten Punkt der Tagesordnung behandelte Kollege Wittelind aus Bamberg das Thema: „Die Stellung der christl. Arbeiter zur Staatspolitik.“ Beiden Referenten wurde für ihre Ausführungen durch laute Beifallskundgebungen der Dank der Versammlung ausgesprochen. Die anwesenden „Genossen“ versuchten in der Diskussion, verschiedenes zu bestritten. Einer dertelben wurde vom Kollegen Wittelind auf einer groben Lüge ertappt.

An der Diskussion beteiligten sich auch die Herren Deonomerats Burger und der Präses des katholischen Arbeitervereins. Herr Burger trat ganz entschieden den sozialdemokratischen Lügen entgegen. Der Präses des katholischen Arbeitervereins mahnte die Arbeiter, sich nicht von „Sprüchlosjern“ einfangen zu lassen, und bat sie die Notwendigkeit der geistigen Schulung und Bildung des Arbeiterstandes. Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Wittelind wurde die sehr lehrreiche Versammlung durch den Vorsitzenden, Kollege Fehler, geschlossen mit der Feststellung, daß nach solcher Versammlung es den anwesenden Unorganisierten leicht gemacht sei, zu erkennen, welcher Organisationsrichtung sie sich anschließen müßten.

Soziale Rundschau.

Weihnachten und Glendindustrie. Es ist eine recht betrübende Erscheinung, daß die Zeit des Weihnachtsfestes in einer so engen Verbindung steht mit den Industriezweigen, in denen noch das größte Elend herrscht, in denen die Arbeiter und Arbeiterinnen noch unter den ungünstigsten Lohn- und Arbeitsverhältnissen tätig sein müssen. Jeder sucht irgend etwas einzukaufen, was seinen Angehörigen Freude macht, aber fast alle die Dinge, die so verlockend und schimmernd in den Schaufenstern und in den Verkaufsmagazinen liegen, sind Produkte der Glendindustrie, sind angefertigt unter Lohn- und Arbeitsbedingungen, die tiefstniedrig sind. Alle diese Sachen, die den Kindern und auch den Erwachsenen so viel Freude machen, sind hergestellt worden unter einer übermäßig langen Arbeitszeit, zu Löhnen, die uns oft kaum glaub-

lich erscheinen, von alten Mütterchen, von blutleeren Männern und Frauen, von Kindern mit abgezehrten Wangen, von Zuchthaus- und Gefängnisinsassen, die bei ihrer Arbeit wohl manchen Fluch ausgestoßen haben mögen.

Droben im Erzgebirge und im Thüringer Wald werden die meisten, namentlich die billigen Spielsachen, hergestellt. In Dörfern, die jetzt wohl schon eingeschneit daliegen mögen, sitzen die Familienangehörigen, jung und alt, um den klobigen Tisch, um bei einer blodenden Petroleumlampe alle die Spielsachen herzustellen, die so blank und glänzend in den Schaufenstern liegen. Doch nicht nur in den Spielwarendörfern im Erzgebirge und im Thüringer Wald werden Spielsachen hergestellt, auch in Zuchthäusern und Gefängnissen wird die Herstellung von Spielsachen betrieben. Von all den hübschen, bunt lackierten, metallenen Spielsachen, den Automobilen, Postwagen, Kutschen, Schiffen usw., ist gewiß ein großer Teil in Gefängnissen lackiert worden — zu einem Preise, zu dem auch die ärmsten Heimarbeiter die Arbeit nicht mehr machen können.

Aber nicht nur bei den Spielsachen stoßen wir auf die Glendindustrie. Die so großartig aussehenden „Prachtbände“ mit dem nichtsagenden oder schädlichen Inhalt, sie sind zu einem guten Teil in Gefängnissen und Zuchthäusern angefertigt worden; die verschiedenartigen „Albums“ und ähnliche Geschenkartikel sind Gefängnisarbeit oder wurden unter den elendsten Arbeitsverhältnissen angefertigt; die Schürzen, die die „Gnädigen“ ihren Dienstherrn schenkt, sie wurden von einer Näherin angefertigt, die auch bei längster Arbeitszeit nicht mehr als 8—10 Mark in der Woche verdient; die Zigarren, die zu Weihnachten an Geschäftsdienner und andere Angestellte verschickt werden, sie wurden in einer engen, dämpfigen, stauberfüllten Wohnung hergestellt; all die kleinen Artikel, die den Weihnachtsbaum verzieren, sie sind unter den elendsten Verhältnissen und von übermüdeten Menschen hergestellt worden.

Aber noch andere Gegenstände tragen das Zeichen der Glendindustrie. Da sind Rauchsichchen zum Verkauf gestellt, die von einem Weiber hergesteuert werden, der mit einigen Lehrlingen jahraus, jahrein nur solche Dickschen macht und der nur gerade so viel dafür erhält, daß er mit seiner Familie und mit seinen Lehrlingen nicht zu verhungern braucht. Da finden wir Stickerien und ähnliche Arbeiten, bei deren Anfertigung kaum ein Stundenlohn von 10 Pfg. verdient wird. Hierliche Hauschuhe und Pantoffelchen, bei denen kaum das zum Leben notwendige verdient wird, eilig tickende Uhren, die viel von dem Elend erzählen können, das sie in ihrer Geburtsstunde angetroffen haben. So könnten wir noch Duzende von Gegenständen aufzählen, die alle Kunde davon geben, welche tiefen Zusammenhänge leider noch zwischen dem Weihnachtsfest und den Glendindustrien bestehen.

Kommunalverwaltung und Milchversorgung. Die Stadtverwaltung in Stuttgart hat jetzt begonnen, der Milchversorgung der Bevölkerung ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. In der letzten Zeit ist öfter der Versuch gemacht worden, die Milch, eines der wichtigsten Nahrungsmittel, nicht unwesentlich im Preise zu steigern. Dieser Preissteigerung der Milch sucht jetzt die Stuttgarter Stadtverwaltung in der Weise entgegen zu wirken, daß sie mit Milchlieferanten Verträge abschließt und die Milch dann mit einem geringen Preisausschlag weiterverkauft. Vorläufig verfügt die Stuttgarter Stadtverwaltung täglich über ein Quantum von 600 Liter Milch. Sie wird abgegeben an gemeinnützige Anstalten und an Fabrikanten und Arbeitgeber, soweit diese für die bei ihnen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Bedarf dafür haben. In der nächsten Zeit sollen noch mehr Milchverträge abgeschlossen werden, so daß dann die Stadtverwaltung auch noch größere Mengen Milch abgeben kann.

Ein Fabrikgesetz für Britisch-Indien. Die Regierung für Britisch-Indien hat vor kurzem ein Fabrikgesetz festgesetzt, zu dessen Einführung jetzt die Vorbereitungen getroffen werden. Diejem Gesetz, das am 1. Juli nächsten Jahres in Wirksamkeit tritt, sollen alle Betriebe mit mechanischer Kraft und in denen mindestens 50 Personen beschäftigt sind, unterstellt werden. Dessen das Gesetz manche Ausnahmen zuläßt und nicht so radikal ist, muß es doch als eine Besserung in den Arbeitsverhältnissen angesehen werden. Das Gesetz fest, daß mindestens nach sechs Arbeitsstunden eine Ruhepause von einer halben Stunde eintreten muß, während der der Betrieb ruht. In den dem Fabrikgesetz unterstellten Betrieben dürfen Kinder unter 9 Jahren gar nicht und Kinder zwischen 9 und 14 Jahren täglich höchstens sieben und in den Textilverbetrieben höchstens sechs Stunden beschäftigt werden. Nachtarbeit ist weder für Kinder noch für Frauen zulässig. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von 7 Uhr abends bis 5½ Uhr morgens. Die Maximalarbeitszeit für Frauen wurde auf elf Stunden festgesetzt. Mit dem Tage der Einführung dieses Fabrikgesetzes werden auch Fabrikinspektoren eingesetzt.

Briefkasten.

M. Gladbach-Beich. Warum soll das Sekretariat kein Recht zu solcher Maßnahme haben? Sie hat doch einen großen erzieherischen Wert und verdient nachdrücklichste Empfehlung und Unterstützung. — Wenn keine Lohnkarten in der letzten Zeit mehr ausgegeben sind, dann regt doch eine neue Ausgabe an. **Hedl. Straß.**

Versammlungskalender.

- Dacholt.** 31. Dez., 10 Uhr, im Sekretariat, Langenbergstr., Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Borghorst.** 31. Dez., 11 Uhr, bei Franz Dwerfeg, Generalversammlung.
- Bramsche.** 25. Dez., 5 Uhr, bei Wilhelm vor dem Berge, Weihnachtsfeier.
- Cottbus.** 30. Dez., 8 Uhr, im evangelischen Vereinshaus, Spreewitz.
- Derschlag.** 31. Dez., 11 Uhr, bei Fritz von der Linnepe.
- Grefrath.** 24. Dez., 5½ Uhr, bei Witwe Hammes, Generalversammlung.
- Hermges-Dahl.** 24. Dez., 11 Uhr, bei Theodor Schopen, Brandenbergerstr., ordentliche Generalversammlung.
- Krefeld-Vockum.** 24. Dez., 6 Uhr, bei Heinrich Wenger, Generalversammlung.
- Viersen.** 31. Dez., 10½ Uhr, bei Ludwig Baues, für die Bezirke Dorf und Rahjer.

Sterbe-Tafel.



Es starben die Verbandsmitglieder:

- Joseph Löffin in Eupen.
- Sibilla Wefers in Grefrath.
- Jakob Vogt in Dingelstädt.
- Maria Feldmann in M.-Gladbach.
- Wilhelm Hubert in Schwelm.
- Ida Feller in Viersen.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Wie das Volk sich die Weihnachtsgeschichte lebendig macht, indem es sie in seine Welt, sein Empfinden und Denken hineinzieht, das führt das neue Heft Nr. 50 der „Lese“, der bekannten Münchener literarischen Wochenchrift, uns vor. „Legenden aus der Kindheit Christi“, aus den Schriften eines alten christlichen Geschichtsschreibers entnommen, erzählen mit königlicher Majestät in einer Sprache, die deutlich an die des Evangeliums anknüpft, von seltsamen Wundern und den kleinen Jesuskindes. Solches Volksgut ist auch das alte groteske Puppenpiel „König Herodas“, mit dem noch im 19. Jahrhundert ein umherziehender Puppenpauer das Volk in Sträßchen und Dörfern in Erstaunen und Entzücken versetzte, und in die gleiche Sphäre weisen die „Altenglischen Weihnachtsgedichte“, von Frank E. W. Freund verständigvoll und geschickt ins Deutsche übertragen. „Die Lese“ wird mit dieser eigenartigen und feinsinnigen Zusammenstellung dem Interesse vieler begegnen. Aus dem weiteren Inhalt des Heftes nennen wir noch den Schluß des Romans „Die Schwurbrüder“, Gedichte von Goethe, Schenkerdorf, Wihl, Jenjen, Gustav Falke, die Skizze „Wiedersehen“ von Johannes Trojan, Sprichwörter der Leipziger, merkwürdige Grabprüche usw. Beachtenswert und für viele ein willkommenes Orientierungsmittel ist das sorgfältig zusammengestellte, nach Schuljahren geordnete „Verzeichnis empfehlenswerter Kinderbücher“. Wihl, Jenjen und Ludwig Pfielich sind Nachrufe gewidmet. Probenummern der vorzüglichen Zeitschrift, deren Bezugspreis jährlich 6 Mark beträgt, versendet auf Wunsch umsonst und postfrei die Geschäftsstelle der „Lese“, Rindermarkt 10.

Inhaltsverzeichnis.

- Schriftst. — Artikel: Unsere Generalversammlungen. — Buchdruckertarif und öffentliches Interesse. — „Bauernzoll“ und Arbeiterschaft. — Großherzoglich-badische Sozialdemokratie. — Die Entwicklung des deutschen Auslandsgeschäftes in Seidenwaren. — Feuilleton: Lied. — Vor Weihnachten. — Aus der Arbeiterbewegung: Kartellbeamter gesucht. — Gedanken zu Weihnachten der ausgesperrten Tabakarbeiter! — Die Stellung der christlichen Arbeiterschaft zum Staat. — Kriegervereine und Gewerkschaften. — Materialismus oder christliche Rechtsordnung. — Wie die sozialdemokratische Presse die Wähler einseitig. — Gewerkschaftliche Streikunterstützung als Darlehen. — Von der Neutralität der Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereine. — Wenn Ausländer bei deutschen Genossen in die Schule gehen. — Die Geister, die sie riefen. — Die Auseinandersetzungen im Buchdruckgewerbe. — Aus unserer Industrie: Nieder-rheinisches Seidengewerbe. — Lage und Ausichten in der deutschen Konfektionsindustrie. — Verband deutscher Leinen-industrieller. — Amerikanische Baumwollernete 1911. — Ausfuhrbeitreibungen der russischen Textilindustriellen. — Aus dem Verbandsgebiete: Zur gest. Beachtung. — Berichte aus den Ortsgruppen: Forst i. Lausitz. — Gebweiler (O.-El.). — Gronau. — Herbolzheim. — Züchen. — Oedt. — Schaag. — Thiengen. — Unterlauchringen. — Weilersbach. — Zeit (a. M.). — Soziale Rundschau: Weihnachten und Glendindustrie. — Kommunalverwaltung und Milchversorgung. — Ein Fabrikgesetz für Britisch-Indien. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Literarisches.